

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 90

OKTOBER 1991

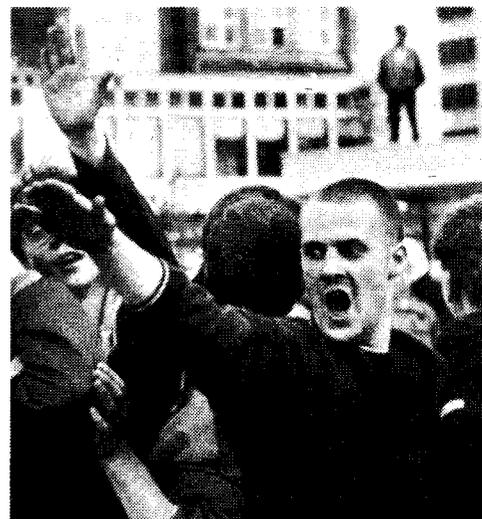
50 Pfennig

## Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung Zerschlagt Nazi-Terror!

Nach den Pogromen in Hoyerswerda wurde eine rassistische Welle von Nazi/Skinhead-Terror im gesamten Bundesgebiet in Gang gesetzt, die sich am 3. Oktober zuspitzte. Das ist die bittere Frucht der kapitalistischen Wiedervereinigung. Allein an diesem „Jubeltag“ des Vierten Reichs gab es über zwei Dutzend faschistische Angriffe. In Hünxe (Rheinland) erlitten zwei libanesischen Kinder im Alter von fünf und neun Jahren lebensgefährliche Brandwunden, das ganze Flüchtlingsheim brannte nieder. In Krefeld wurde auf offener Straße ein türkischer Arbeiter niedergestochen – vor den Augen zahlreicher Passanten.



Der Spiegel

**Hoyerswerda: Vietnamesischer Arbeiter – Opfer des Nazi-Pogroms**

Olaf Jandke – Action Press

Diese Entwicklung wurde angefangen durch die aggressive „Asyldebatte“ – in Wirklichkeit ein *Allparteiangriff gegen die Flüchtlinge*. Bereits am 1. Februar 1990 warnten wir Spartakisten: „Die SPD ist heute der Hauptorganisator einer kapitalistischen Kon-

terrevolution in der DDR, während die Faschisten als Vorreiter einer Wiedervereinigung entfesselt werden. Sie wären die Sturmtruppen der Reaktion, wenn ein Viertes

*Fortgesetzt auf Seite 9*

## Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin, Gorbatschow! Nationalistisches Blutbad droht beim Zerschlagen der Sowjetunion

10. September – Boris Jelzin droht, die von Russen bewohnten Gebiete der Ukraine und Kasachstans zu annektieren. Das gerade unabhängig gewordene Litauen verkündet eine Generalamnestie für Nazi-Kollaborateure und Massenmörder im Zweiten Weltkrieg. Der diktatorische nationalistische Präsident Georgiens ordnet an, daß oppositionelle Demonstranten mit einem Kugelhagel empfangen werden. Dies ist das wahre Gesicht der konterrevolutionären Welle, die dabei ist, die Sowjetunion aufzulösen, eine Konterrevolution, die von Washington und Bonn als „Triumph der Demokratie“ und als „Tod des Kommunismus“ bejubelt wird.

Im Anschluß an den erbärmlich verpfuschten Putsch von Kreml-Stalinsten am 19. August hat Jelzin, mit einem

geschwächten Gorbatschow im Schlepptau, in Moskau die Zügel der Macht im Namen des Kapitalismus des „freien Marktes“ und des russischen Nationalismus ergriffen. Die Kommunistische Partei wurde verboten und eine Säuberung von 80 Prozent der höheren Kommandeure des sowjetischen Militärs angekündigt. Die Imperialisten erklärten sich zum Sieger in ihrem 74jährigen Krieg – manchmal heiß, manchmal „kalt“ – gegen die bolschewistische Revolution.

Wie wir in *Spartakist* Nr. 89 (September) geschrieben haben: „Die Werktätigen der Sowjetunion, ja die Arbeiter aller Länder, haben ein beispielloses Desaster hinnehmen müssen, dessen verheerende Konsequenzen jetzt zum

*Fortgesetzt auf Seite 12*

# Berliner Amtsgericht schützt Rep/Polizei-Provokation Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Rassistische Morde und Überfälle auf Immigranten und Nazi-Pogrome wie in Hoyerswerda haben mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands enormen Auftrieb bekommen. Was in dem Fall der Antifaschisten von Moabit auf dem Spiel steht, ist das Recht der Werktätigen, Immigranten und anderen Minderheiten, sich gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und SpAD-Unterstützer Michael Philippen stehen vor Gericht, weil sie sich und andere im Januar 1989 gegen den Berliner Nazi-Führer Carsten Pagel und eine Bande mit Pistolen bewaffneter Republikaner verteidigt haben, als dieses Pack nach einer antifaschistischen Veranstaltung einen beliebten Treffpunkt für Immigranten und Linke im Berliner Arbeiterviertel Moabit bedrohte.

Mit einer Provokation gegen die Antifaschisten begann der Prozeß am 24. Mai, als der Haupt„zeuge“ Pagel mit einem Leibgarde-Trupp von drei kräftigen Männern durch einen Geheimgang in den Verhandlungssaal marschierte, der normalerweise für Häftlinge reserviert ist. „So etwas habe ich noch nie erlebt, noch nicht mal in den Terroristenprozessen“, kommentierte Rechtsanwalt Jung. *Neues Deutschland* (25. Mai) fragte: „Wer waren diese Männer, die sich anonym auf Zeugenplätzen niederließen? Waren es Verfassungsschutz, Leibgarde oder Polizisten in Zivil?... Das Geheimnis blieb gewahrt.“

Nach dem Protest der Anwälte der angeklagten Antifaschisten verteidigte Richterin Müller diese Provokation als Maßnahme „zum persönlichen Schutz“ des Nazi-Führers Pagel und weigerte sich, die Identität der Leibwache bekanntzugeben. Sie weigerte sich auch, auf einen größeren Gerichtssaal auszuweichen, um die über 100 Unterstützer, die vor Prozeßbeginn ihre Solidarität mit den Antifaschisten demonstriert hatten, am Prozeß teilnehmen zu lassen. Die Anwälte Jens Brückner und Rüdiger Jung stellten Befangenheitsanträge, die schließlich vom Gericht anerkannt wurden, die Verhandlung wurde bis zur Entscheidung vertagt.

Am 30. Juli entschied das Amtsgericht Berlin, die Befangenheitsanträge als „unbegründet“ zurückzuweisen. Damit können die Polizei und die Republikaner-Faschi-

sten, die berüchtigt für ihre Überlappung mit der Polizei sind, ihre Provokation wiederholen.

Über die Provokation klärte ein Schreiben des Präsidenten des Amtsgerichts vom 26. Juni auf: Es seien zwei Beamte der Kriminalpolizei sowie ein Justizwachmeister gewesen. Mit der Billigung von Richterin Müller sei Pagel „zur Hauptverhandlung verdeckt zugeführt worden“. Auch Richterin Müller bequeme sich nun zu einer „dienstlichen Äußerung“ vom 28. Juni und gab zu, daß ihr am Vortag des Prozeßbeginns zwei Polizisten mitgeteilt hätten, daß sie Pagel „gesichert“ und auf „gesonderten Wegen“ bringen würden. Müller: „Ich habe nicht gefragt, warum‘ dies so vor sich gehe.“

Durch ihre eigene Äußerung bestätigte sie sich als *befangen und eine Lügnerin*. Rechtsanwalt Jung stellte dazu am 8. Juli fest, diese Vorgehensweise bedeute, „den Angeklagten als das bloße Objekt von Maßnahmen zu behandeln, die sozusagen hinter seinem Rücken und ohne Kenntnis seiner Verteidigung angeordnet wurden.“ Ebenso bestätigte Müller mit ihrer Äußerung, daß sie „ohne jegliche Nachfrage und Überprüfung die Auffassung“ Pagels und seiner Leibgarde-Truppe gebilligt hatte.

Die Anwälte von Michael und Renate werden Einstellungsanträge stellen. Aber wir vertrauen nicht auf die Justiz des Vierten Reichs. Der Prozeß kann jederzeit wieder aufgenommen werden. (Das Gericht mußte den ursprünglich angegebenen Prozeßtermin am 20. November wieder aufheben, da er sich als Feiertag herausstellte.)

*Unterstützt die Antifaschisten von Moabit:* Protestiert gegen die bedrohliche Provokation! Fordert die sofortige Einstellung der Verfahren. Fragt nach Unterstützung bei euren Freunden, in euren Gewerkschaften, in euren Schulen, in euren Organisationen. Schickt Telefaxe, Telegramme oder Briefe an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21, Fax (Westberlin) 39 79-20 10. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an: Komitee für die Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11. Spendet auf das Konto Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, Konto-Nr. 13 48 267, BLZ 200 400 00. ■

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,  
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),  
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,  
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,  
Fred Zierenberg  
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54  
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 49 1 14 79  
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift  
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 90

Oktober 1991

## SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonnieren die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,-  
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)  
Einführungssabo (5 Ausgaben): DM 3,-

Name

Adresse

Telefon

Sp 90

Bestellt bei:  
Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51

Konto 119 88-601  
Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60

# Genossen der DKP: Zurück zu Gorbi? Zurück zu Breschnew?? Wie wär's mit Lenin und Trotzki?

Mit „Gorbi-Gorbi“-Rufen formierte sich die nationale Volksfront in Deutschland von rechts bis „links“ in Opposition gegen den impotenten Putschversuch in der Sowjetunion. Kein Wunder, hatte doch Gorbatschow den deutschen Imperialisten die „Einheit“, das Vierte Reich gebracht. Die PDS versuchte vergeblich, die Bourgeoisie des Vierten Reichs von ihrer Zuverlässigkeit zu überzeugen: „Bereits am Montag um 9.00 Uhr, als bürgerliche Regierung und Medien kaum eine Wertung wagten“, brüstet sich André Brie stolz, habe die PDS den Putsch verurteilt (ND, 27. August). Und die Erklärung von 15.00 Uhr, Genosse Brie? Na ja.

Innerhalb der PDS sorgt sich die Kommunistische Plattform um ihre Ausgrenzung durch die Parteiführung. Sie ist unter Beschuß, weil sie ein Fünkchen Hoffnung gezeigt hat, daß der Putsch „die sowjetische Gesellschaft auf den revolutionären Weg der Perestroika zurückführt“. Aber nein, schreit Marian Krüger, auch er war unter den „Gorbi-Gorbi“-Rufern vor der sowjetischen Botschaft, und: „So beteiligte ich mich aktiv an der Niederschlagung des Putsches“ (ND, 14./15. September). Loyalität zur

Loyalität zum Vierten Reich.

Einige Genossen, die von der sozialdemokratischen Prostitution der PDS angewidert sind, schauen bei der Suche nach einer kommunistischen Alternative auf die DKP. Diese Partei gab am 20. August eine Erklärung heraus, die die Perestroika als „Rückschritt in den Kapitalismus“ charakterisierte und sich vom Putsch erhoffte, daß Gorbatschows Leutnants die Konterrevolution stoppen könnten. Damit hatte die DKP ausnahmsweise einmal Profil gezeigt und ist nicht wie sonst vor SPD, Grünen und PDS auf dem Bauch gelegen. Erschrocken vor dem eigenen Mut brachte sie es dann aber nicht über sich, diese Erklärung auch in ihrer Zeitung *unsere zeit (uz)* abzudrucken.

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus wurde den Anhängern des „Sozialismus in einem Land“ der Boden unter den Füßen weggerissen. Jetzt tobt in den Reihen der DKP und auf den Seiten der *uz* eine heftige Diskussion. So kritisiert Helga Rosenberg, ihre Genossen hätten „wie die Schafe jede Wendung nachvollzogen, selbst in

Fortgesetzt auf Seite 4

## Hände weg von Markus Wolf!

„Sofortige Freilassung von Markus Wolf!“ forderten Mitglieder und Sympathisanten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei einer Demonstration am 25. September vor dem Bundesgerichtshof in Berlin. Der kommunistische Ex-Spionagechef der DDR war schon immer das Ziel des besonderen Hasses der deutschen herrschenden Klasse, weil er einen effektiven Beitrag zum Schutz des deformierten Arbeiterstaats gegen die Imperialisten geleistet hat, besonders gegen den westdeutschen Imperialismus. Wie ein Redner auf der Protestkundgebung erklärte: „Die deutsche Bourgeoisie will den Sieg der Roten Armee von 1945 gegen die Nazi-Barbarei rächen und alles vernichten, was an Fortschrittlichem auf dem Gebiet der DDR existiert hatte.“

Schon unter Hitler wurde die jüdische Familie von Markus Wolf aus Deutschland vertrieben; sie flüchtete vor dem Nazi-Terror in die Sowjetunion. Heute wird der DDR-Meisterspion vom Bundesjustizminister Klaus Kinkel verfolgt, dem ehemaligen Chef des von Hitler-General Gehlen aufgebauten Bundesnachrichtendienstes.

Mit der Rückeroberung der DDR hat die deutsche Bourgeoisie eine ungeheure antikommunistische Hexenjagd entfacht, an deren Spitze die Bluthunde der SPD und ihre Gehilfen von Grünen/Bündnis 90 stehen. Die PDS, selbst Opfer der Stasi-Hetze, hat ihre Kassierer Pohl und Langnitschke sowie Kaufmann an die Kerkermeister des bürgerlichen Staats ausgeliefert und schließt sich den Hexenjägern in der vergeblichen Hoffnung an, sie dadurch zu besänftigen. Doch das Vierte Reich hat Blut geleckt und will mit Parteienenteignungen, Berufsverboten, Massensäuberungen und Schauprozessen jeden Widerstand einschüchtern. Die Verteidigung von Markus Wolf und allen Opfern der antikommunistischen Hexenjagd ist eine dringende Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Protest fand statt vor dem Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgerichts, das von 1936 bis 1943 un-



Spartakist

### Protest vor ehemaligem Nazi-Reichskriegsgericht

zählige Todesurteile gegen antifaschistische Widerstandskämpfer und Kriegsdienstverweigerer fällte. Ein Plakat trug die Losung „Hoch die heroischen Sowjetspione Leopold Trepper, Richard Sorge!“ Die Demonstranten riefen „Hände weg von Markus Wolf!“ und „Stoppt die antikommunistische Hexenjagd! Hände weg von der PDS!“. Andere Forderungen waren „Organisiert Arbeiterverteidigung von Flüchtlings- und Arbeiterwohnheimen!“, „Bourgeoisie von Auschwitz – Hände weg von Markus Wolf!“ und „Hände weg von den Grenzschützern und Erich Honecker!“

## Genossen der DKP...

Fortsetzung von Seite 3

unserem Parteileben, vollziehen sie im übrigen noch immer nach, weil uns eine radikale Kritik jener Perestroika und der ihr innewohnenden Demokratievorstellungen fehlt“ (uz, 20. September). Genossin Rosenberg hat recht, auch in Deutschland mangelte es der DKP an radikaler Kritik am Kapitalismus und dessen „Demokratievorstellungen“, siehe ihre notorische Volksfrontpolitik, ihr Hinterhertraben hinter der SPD und den klassenkollaborationistischen Betriebsräten.

Doch der Ausverkauf des sowjetischen Arbeiterstaats hat nicht erst mit Gorbatschows Perestroika angefangen. Der vermurkste Putsch hat nur noch einmal bestätigt, daß *alle* Flügel der Bürokratie bankrott sind; es gibt keinen Weg zurück zum Stalinismus – dem Totengräber der Kommunistischen Internationale.

Von Anfang an, als die DKP noch ihre „heile Welt“ verteidigte und mit Perestroika liebäugelte, warnten wir Spartakisten: „Unter der Rubrik Perestroika zielt die gegenwärtige Kreml-Führung darauf ab, die zentralisierte Wirtschaftsplanung auf ein Minimum zu reduzieren zugunsten eines ‚Marktsozialismus‘ ähnlich wie in Ungarn und Jugoslawien. Wenn dieses Programm durchgeführt wird, ... wird es die kollektivierten Eigentumsformen unterhöheln und die internen Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution stärken“ (Spartakist Nr. 55, Januar/Februar 1988).

Helga Rosenberg beklagt die „Abschaffung der führenden Rolle der Partei“, aber es sind zum Großteil Apparatschiks aus der KPdSU, die heute die Konterrevolution durchpeitschen wollen und sich zum Instrument der Imperialisten machen. Mit bürokratischer Gängelung und politischer Entmachtung der Arbeiterklasse haben die Stalinisten die Grundlagen der Sowjetunion ständig ausgehöhlt. Der Druck der imperialistischen Aufrüstung in Verbindung mit dem imperialistisch beherrschten Weltmarkt und die bürokratische Erstickung der Sowjetgesellschaft läßt nur zwei Wege offen: die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse und Rückkehr zum Internationalismus von Lenin und Trotzki, oder kapitalistische Konterrevolution.

Aber es ist gerade die Arbeiterklasse, die Helga Rosenberg bei all ihrer berechtigten Kritik und Empörung über die „Gorbi-Manie“ der DKP abschreibt. Schlimmer noch, sie schiebt die Verantwortung für den Ausverkauf der Stalinisten auf die Werktätigen in der Sowjetunion; „Wenn die sowjetischen Menschen stillhalten, wenn sie keinen Finger rühren, um diesen Staat zu verteidigen, dann ist das ihre Sache.“ Wir halten es da lieber mit Lenin, der darauf beharrte, daß eine bolschewistische Partei notwendig ist, damit die Arbeiter revolutionäres Bewußtsein erlangen können.

Zahlreiche westliche Kommentatoren klagten darüber, daß die Arbeiter Jelzins konterrevolutionärem Mob, den kleinbürgerlichen Kooperatisten und Spekulanten, die Unterstützung verweigerten. Doch die Putschisten hatten nichts anderes anzubieten als eine Fortsetzung der Perestroika minus Glasnost: Einführung des kapitalistischen Marktes – aber nicht so überhastet, Ausverkauf an die Imperialisten – nur sollten die Arbeiter den Mund halten.

Genossin Rosenberg will zwar die Sowjetunion nicht endgültig abschreiben („Aber wir werden sehen...“), wie es in ihrer Umgebung Mode geworden ist, aber sie will auch nicht mit dem stalinistischen Prinzip der „Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Bruderparteien“ brechen. Dann müßte sie nämlich

über ein Programm zur Mobilisierung der sowjetischen Werktätigen gegen die kapitalistische Konterrevolution und ihre verheerenden Konsequenzen nachdenken; aber das haben diese „Internationalisten“ auch 1989/90 zur DDR nicht fertiggebracht, als nur die Spartakist-Arbeiterpartei mit all ihren verfügbaren Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat.

Die Werktätigen müssen gewonnen werden für das kommunistische Programm, um die Zerstörung der Errungenschaften der Oktoberrevolution zurückzuschlagen und eine wirkliche Sowjetmacht zu errichten. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) beteiligte sich am ersten Widerstand gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion, an der Kundgebung gegen die Schließung des Lenin-Museums, mit den Losungen: „Nieder mit der Gorbatschow-Jelzin-Bush-Konterrevolution!“; „Sozialismus in einem Land ist Lüge – Baut die trotzkistische Partei auf!“; „Nationalismus: Speerspitze der Konterrevolution! Für proletarischen Internationalismus zur Verteidigung der Sowjetunion! Nieder mit großrussischem Chauvinismus und Antisemitismus!“

Der DKP-„Theoretiker“ Robert Steigerwald hält krampfhaft am „Sozialismus in einem Land“ fest und schreibt zur Sowjetunion: „Kapitulation oder Versuch, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen, das war die Alternative“ (uz, 20. September). Doch er gibt selbst zu, daß nicht nur Gorbatschow, sondern die ganze Führungsriege bankrott ist. Für „Hardliner“, die sich nostalgisch nach den Breschnjew-Jahren sehnen, ist der Grund für das Scheitern des Stalinismus ein Buch mit Sieben Siegeln. Aber diese Siegel wurden von Stalin angebracht. Jetzt hat sich das ganze stalinistische Lügengebilde als aufgeblasene Heuchelei erwiesen und ist zerplatzt. Gorbatschows Vorgänger haben die Revolution in China ausverkauft, den Spanischen Bürgerkrieg im Blut der Volksfront ertränkt und das deutsche Proletariat kampfflos dem Hitler-Faschismus preisgegeben – alles, um die Imperialisten zu besänftigen. Gorbatschow hat den Abzug der Roten Armee aus Afghanistan organisiert und dann noch für ein paar lumpige DM die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt. Es ist ihnen damit nur gelungen, die Appetite der Imperialisten zu verstärken.

Was Steigerwald verschweigt, ist der Kampf der trotzkistischen Linken Opposition, die seit Stalins bürokratischer Usurpation der Macht 1924 gegen die Abkehr von und den Verrat an der sozialistischen Weltrevolution gekämpft hat. Wie Leo Trotzki 1935 in seiner Schrift „Wohin führt die Stalin-Bürokratie die UdSSR?“ zusammenfaßte:

„Der imperialistische Druck von außen, die Verausgabung von Kräften und Ressourcen für die Verteidigung, die Unmöglichkeit, normale internationale Wirtschaftsbeziehungen einzugehen, das sind allein schon Hindernisse, die völlig ausreichen. Doch noch weit wichtiger ist, daß die Niederlagen der Weltrevolution den lebendigen Träger des Sowjetsystems, das Proletariat, unweigerlich demoralisieren und es zwingen, sich gehorsam unter das Joch der nationalen Bürokratie zu beugen, die ihrerseits von allen Lasten des Bonapartismus zerfressen ist. Es gibt keine Rettung, außer der Weltrevolution!“ (Trotzki, *Schriften* Bd. 1.1)

Die Genossen, die für eine sozialistische Zukunft kämpfen wollen, stehen dem Scheitern des Stalinismus gegenüber. Sie müssen die Siegel abreißen und sollten anfangen, Trotzki's *Verratene Revolution* zu lesen, zu bestellen über unsere Redaktionsadresse. ■

# „Linke“ klatscht Beifall für Jelzins Konterrevolution

Eine konterrevolutionäre Flut rollt über die Sowjetunion; Boris Jelzins proimperialistischer Gegenputsch im vorletzten Monat war die Speerspitze. Dies stellt eine entscheidende Prüfung für Organisationen dar, die vorgeben, im Namen des Kampfes für die sozialistische Revolution zu sprechen. Offen kapitalistisch-restauratorische Kräfte, geführt von Jelzin und Gorbatschow und jetzt in Rußland sowie in anderen Republiken im Aufstieg begriffen, wollen jeden Rest des größten Sieges beseitigen, den das internationale Proletariat jemals errungen hat: der Oktoberrevolution 1917.

Die Linke Opposition und die Vierte Internationale von Leo Trotzki führten einen Kampf auf Leben und Tod gegen die stalinistische bürokratische Kaste. Indem die Bürokratie dem sowjetischen Proletariat die politische Macht entriß, und durch ihre permanenten Kapitulationen vor dem Imperialismus unterminierte sie den ersten Arbeiterstaat und schuf die gegenwärtige katastrophale Lage. *Kompromißlose, bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion* war schon immer die Basis für die trotzkistische Forderung einer proletarisch-politischen Revolution, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen. Vor der Konterrevolution, die jetzt im Gange ist, warnte Trotzki 1933 in seinem vorausschauenden Artikel, der auch die Perspektive der politischen Revolution erklärte:

„Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.“ („Der Klassencharakter des sowjetischen Staates“, Oktober 1933)

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga führen den Kampf für Trozki's Vierte Internationale fort. Die Erklärung im *Spartakist* nach dem erbärmlichen stalinistischen „Putsch“-Versuch und dem prokapitalistischen Gegenputsch hatte die Überschrift: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“ (*Spartakist* Nr. 89, September). Wir zeigten auf die Yuppies, Spekulanten, Faschisten und Priester, die während der zwei Tage des halbherzigen Coups durch Janajew & Co. vor Jelzins „Weißem Haus“ in Moskau zusammenliefen, um sich als die Stoßtruppen für die soziale Konterrevolution anzubieten; wir schrieben, hier „war ein Aufruf an die Moskauer Arbeiter angebracht, diesen konterrevolutionären Haufen wegzuräumen. Doch die Putsch-Verschwörer haben nicht nur die Arbeiter nicht mobilisiert, sondern haben angeordnet,

Fortgesetzt auf Seite 6

## KPD 1922: „Wir kämpfen für die Beseitigung der Schandparagrafen 218/219“

Ostdeutsche Frauen sollen zurück an Heim und Herd getrieben werden. Wenn du schwanger wirst ... die Poliklinik wurde geschlossen, das Krankenhaus hat eine ellenlange Warteliste, die Ärzte haben Angst vor der neuen „rechtlichen Lage“ – morgen kann Abtreibung wie in Memmingen unter Strafe stehen. Die Entscheidung über das Kinderkriegen will Bonn aus deinen Händen nehmen, deinen Arzt zum Agenten des Staates machen, *ihn* über deine Kinder entscheiden lassen. Auch unter Hitler gehörten deutsche Kinder dem Staat, Abtreibung stand unter Todesstrafe. Und die steigende (im Westen ohnehin skandalöse) Säuglingssterblichkeit im „neuen Deutschland“, wenn die tödlichen Auswirkungen des Kahlschlags in den Krankenhäusern richtig greifen? Die revolutionäre Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den Paragraphen 218/219, 1922 in der KPD-Zeitschrift *Die Internationale* veröffentlicht, ist brennend aktuell. Bestellt die komplette Fassung bei uns, oder lest sie in den Spartakist-Treffpunkten.

*Die KPD hat die Pflicht, an Hand dieser konkreten Frage die proletarischen Frauen zu mobilisieren und sie für den Klassenkampf zu gewinnen. Wir müssen gerade bei dieser die Arbeiterfrauen bedrückenden Verfolgung den ganzen Schwindel der Demokratie aufzeigen, die scheinbar gleiches Recht für alle walten läßt, in Wirklichkeit den Damen der guten Gesellschaft die Tore der Sanatorien zur Abtreibung öffnet, während die Proletarierfrauen den Kurpfuschern in die Hände geliefert werden...*

Die SPD will, daß in den ersten drei Monaten die Abtreibung, sofern sie im Einverständnis mit der Schwangeren von einem ärztlich approbierten Arzte vorgenommen wurde, straflos sei. Sie zeigt damit ihre Befangenheit in der christlichen Weltanschauung, die glaubt, daß nach einer gewissen Anzahl von Monaten der Schwangerschaft die

Leibesfrucht beseelt, die Abtreibung also als Tötung zu betrachten sei.

Die bürgerlichen Parteien verteidigen diese Schandparagrafen und wollen deren Aufrechterhaltung.

Wir müssen die Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft enthüllen, die sich unter verschiedenen Vorwänden gegen die Abtreibung ausspricht. Sei es nun vom *medizinischen* Standpunkt, von dem aus sie die gesundheitliche Schädigung der Abtreibung beweisen will, während sie doch bei den Frauen der Bourgeoisie ohne Bedenken von den bekanntesten Professoren vorgenommen wird, sei es vom *moralischen* Standpunkt, der die Abtreibung als eine Art Tötung eines beseelten Wesens hinstellt. Alle diese verschiedenen Vorwände sind in Wirklichkeit *diktirt vom Klasseninteresse der bürgerlichen Gesellschaft*, die im Geburtenrückgang eine Gefahr für sich sieht. Die Bourgeoisie fürchtet, daß sich die Objekte ihrer Ausbeutung vermindern könnten, daß ihr in den *Zeiten der Hochkonjunktur* die nötigen Arbeitskräfte fehlen könnten, die ihr auch in den Zeiten der Krise und der Depression als ein Heer von *Lohnrückern*, als eine *industrielle Reservearmee*, die auf den Lebensstandard der ganzen Arbeiterklasse drückt, willkommen ist. Noch mehr fürchtet sie, bei ihrem nächsten Kriege um die Aufteilung der Welt zu kurz zu kommen, wenn nicht *genügend Kanonenfutter* vorhanden ist...

Wir kämpfen für die *Beseitigung dieser Schandparagrafen*, die sich gerade gegen die Frauen richten. Wir wollen an ihrer Hand die proletarischen Frauen *gegen die heutige Gesellschaftsordnung mobilisieren*, sie für den Klassenkampf gewinnen. Aber der Widerspruch, der in der ganzen Gesellschaftsordnung liegt, und auch in dieser Frage wieder an die Oberfläche kommt, kann nur mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vollständig beseitigt werden. *Wir mobilisieren damit die Frauen zum Kampf gegen die ganze Gesellschaftsordnung des Kapitalismus.* ■

## „Linke“ klatscht Beifall...

Fortsetzung von Seite 5

daß jeder bei der Arbeit oder zu Hause bleiben soll.“

Konfrontiert mit dem Anwachsen der konterrevolutionären Kräfte, stellten wir ein Kampfprogramm gegen die kapitalistische Restauration auf: Unabhängige Arbeiterkomitees in den Betrieben, um die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen und Privatisierungen zu bekämpfen; Komitees von Soldaten und Offizieren, um Widerstand zu leisten gegen den Einsatz der sowjetischen Armee als Instrument gegen die Arbeiterklasse; Arbeitermilizen, um die antisemitischen Pogromisten und antikommunistischen Lynchmobs zu zerschlagen und die Abschachtung von Kommunisten durch revanchistische Nationalisten zu verhindern. Wir haben diesen Artikel sofort ins Russische übersetzt, und er wird jetzt unter klassenbewußten sowjetischen Arbeitern verteilt mit dem Ziel, einen leninistisch-trotzkistischen Kern zu schmieden, der fähig ist, den Kampf der sowjetischen Werktätigen zum Sieg über die Konterrevolution zu führen.

### Die Mandelianer:

#### Wie man Konterrevolution als „Sieg“ ausgibt

Im Gegensatz dazu war in der „Stunde der tödlichen Gefahr“ ein Haufen Pseudotrotzkisten *auf der ersten Barrikade der Konterrevolution*. Das sogenannte Vereinigte Sekretariat (VS), geführt von Ernest Mandel, schwelgte mit den Imperialisten im Jubel über die „zweite Russische Revolution“. Ein Artikel in ihrem französischsprachigen Organ erklärte kraß: „Es war notwendig, ohne Zögern gegen den Putsch zu sein und auf dieser Grundlage an Jelzins Seite zu kämpfen“ (*Inprecorr*, 29. August).

Hierzulande ist das „V“S durch zwei Gruppen vertreten. Westdeutsche Anhänger haben die letzten fünf Jahre in einer Art Fusion mit Exmaoisten verbracht. Bedingungen für diese Fusion waren, daß sich die daraus hervorgehende „Vereinigte Sozialistische Partei“ dem VS *nicht* anschließen und *nicht* für die Verteidigung der Sowjetunion (oder der ehemaligen DDR) auftreten durfte. So überrascht es kaum, daß die VSP auf Jelzins konterrevolutionären Gegenputsch mit der zynischen Überschrift antwortete: „Das Volk siegt – Die Zarenfahne flattert“ (*SoZ*, 29. August). Die VSP Mannheim schrieb am 20. August: „Wer auf große Männer setzt, mag für Jelzin eintreten. Auch unterscheidet er sich positiv von den anderen durch die Verteidigung der demokratischen Rechte.“

Im DDR-Gebiet erklärt die Gruppe Revolutionäre SozialistInnen (GRS) offen ihre Zugehörigkeit zum VS, aber ihre Politik, besonders was die Russische Frage angeht, ist auch nicht besser. In der September-Ausgabe von *Avanti* gibt sie unumwunden zu, daß die sogenannten „Radikalreformer“ „die Lösung der Krise in der Einführung des Kapitalismus“ sehen. Da aber kein Teil der Bürokratie „wenigstens Grundlagen einer nichtkapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich verteidigt“, sei „auch unter den Massen in der langen Zeit stalinistischer Herrschaft jedes revolutionäre Bewußtsein abgetötet worden“.

Laut GRS und „nicht dogmatischem“ VS bedeutet die Dominierung des Bewußtseins der Massen durch Nationalisten und prokapitalistische, antisozialistische „Radikalreformer“ folgendes: „Die Massen haben sich immerhin politisch befreit und Selbstbewußtsein gewonnen.“ So sei der Putsch, laut GRS, in Wirklichkeit durch die Massen gestoppt worden, als sie „spontan auf die Straße gegangen“ sind. „Da es aber keine Führung gab, konnte sie der russische Präsident Jelzin übernehmen – und der nutzte es aus, auch wenn er zunächst eine notwendige und fortschrittliche Rolle spielte.“

Daran gab es natürlich überhaupt nichts Spontanes, geschweige denn Progressives. Wenigstens seit Schewardnades Rücktritt als Außenminister letztes Jahr hatten Jelzin & Co. im Zusammenspiel mit den Imperialisten (zumindest mit dem Weißen Haus in Washington) ihren Griff nach der Macht vorbereitet. *SoZ* (12. September) druckte ein Interview mit einem Moskauer „ökosozialistischen“ Grünen ab, der Jelzins Gegenputsch unterstützt hat, aber zugibt: „Vor dem ‚Weißen Haus‘ ... haben sich nur wenige Arbeiter versammelt, als die Barrikaden gebaut wurden.“ Die große Mehrheit waren statt dessen Jugendliche und Aktivisten der konterrevolutionären Bewegung „Demokratisches Rußland“.

GRS und VSP akzeptieren den bürgerlichen Propagandafeldzug, der den „Tod des Kommunismus“ verkündet; die sowjetische Arbeiterklasse sei als ein wüster Haufen von nationalistischen Fanatikern und Mächtegern-Yuppies hoffnungslos. Zweifellos sind zwar Teile der sowjetischen Arbeiterklasse stark beeinflusst durch nationalistische Demagogie, und sie haben Illusionen in den kapitalistischen Markt, doch sie sind auch den egalitären Werten und den sozialen Errungenschaften, die die Oktoberrevolution schuf, zutiefst ergeben. Ihr Haß auf bürokratische Privilegien ist inzwischen von ihrem Haß auf Schwarzmarkthändler, Profitgeier und neue NEP-Männer – die wachsende kapitalistische Klasse und Jelzins tatsächliche soziale Basis – überholt worden. Die langen Schlangen vor Lenins Mausoleum und die Demonstrationen für den Erhalt des Lenin-Museums sind Beweise, daß das Erbe der Bolschewistischen Revolution keineswegs im Gedächtnis der Massen vollständig ausgelöscht worden ist. Ihr enormes Verlangen nach trotzkistischer Literatur zeigt auch, daß breite Schichten offen sind für ein Programm proletarisch-politischer Revolution.

Doch Beifall für Jelzins Konterrevolution ist jetzt besonders kriminell, nachdem die ganze Welt schon Zeit gehabt hat, Schlußfolgerungen aus den katastrophalen Konsequenzen der kapitalistischen Restauration in Ostdeutschland zu ziehen – die Hälfte der werktätigen Bevölkerung ist in die Arbeitslosigkeit getrieben worden; mörderische rassistische Pogrome und Brandanschläge sind Alltag in Ost und West. Eine kapitalistische Konterrevolution wird sogar noch viel größeres soziales Elend für die sowjetischen Werktätigen bringen, potenziert durch allseitiges nationalistisches Blutvergießen.

#### Kapitalistische „Demokratie“ vs. Arbeiterstaat

All den stalinophoben Befürwortern der Konterrevolution kommt es schon seit Kautskys Hetzschriften gegen die Oktoberrevolution darauf an, im Namen der kapitalistischen „Demokratie“ den Krieg gegen die Diktatur des Proletariats zu führen. Lenin schrieb *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, um die deutsche Arbeiterklasse am Vorabend ihrer eigenen Revolution mit der marxistischen Staatstheorie zu bewaffnen. „Es ist nur natürlich, wenn ein Liberaler von ‚Demokratie‘ schlechthin spricht. Ein Marxist wird nie vergessen zu fragen: ‚Für welche Klasse?‘“

Das Grüppchen Arbeitermacht, liiert mit der Gruppe Workers Power in England, weiß, für welche Klasse es arbeitet – die Bourgeoisie. So druckte sie eine gemeinsame „internationale“ Erklärung ab, die forderte: „In den drei Tagen des Putschversuches war es für alle proletarischen Kräfte wesentlich, mit allen jenen Kräften, die dem Putsch aktiv Widerstand leisteten, zusammenzuarbeiten, um die Putschisten von der erfolgreichen Umsetzung ihrer Ziele abzuhalten.“ Da „jene Kräfte“ auch eine Menge unappetitliche Elemente umfaßten, fügt Arbeitermacht „außer faschistischen“ hinzu. Doch gerade diese Kräfte sind orga-

Fortgesetzt auf Seite 20

# Die Rote Armee zertrümmerte den Faschismus!

## Viertes Reich will KZ-Gedenkstätten ausradieren

Der wütende Rachefeldzug der Bourgeoisie von Auschwitz richtet sich gegen alles, was an die DDR und damit an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland erinnert. Unter der Beschuldigung, sie hätten einem „Unrechtsstaat“ gedient, werden der ehemalige MfS-Chef Mielke (aufgrund einer Nazi-Anklage) und NVA-Grenzsoldaten in Mammut-Schauprozessen vorgeführt. Der frühere KZ-Häftling und DDR-Staatschef Honecker wird von Staatsanwaltschaft und Medien gleichermaßen gejagt, selbst die jämmerlich reformistische SED-Nachfolgeorganisation PDS wird verfolgt und enteignet, ihre Parteizentrale überfallen. Die Stasi-Hexenjagd richtet sich gegen Krankenhäuser, Lehrer und Sportler und reicht bis zur Massensäuberung der Straßenkehrer und Müllmänner. Mit Haßtiraden auf den „staatlich verordneten Antifaschismus“ der DDR geben CDU, FDP, SPD und Grüne den Nazi/Skinhead-Mörderbanden grünes Licht. Gleichzeitig werden die KZ-Gedenkstätten niedergewalzt oder ganz im Stil von Goebbels „Großer Lüge“ zu antisowjetischen Hetzausstellungen umgebaut. Die überlebenden Opfer des Nazi-Terrors werden grausam verhöhnt.

Was Kohl 1985 beim Reagan-Besuch mit seiner Verbeugung vor SS-Gräbern in Bitburg bezweckte, will der erstarkte deutsche Imperialismus heute auf ganzer Linie durchziehen. Genscher beschwört die „besondere Verantwortung der Deutschen“ gegenüber den baltischen Staaten, während Kohl und Mitterrand „Friedens“truppen nach Jugoslawien schicken wollen, um die kroatischen und slowenischen Nationalisten zu unterstützen. Begleitet von pompösen Spektakeln wie der Potsdamer Friedrich-Umsetzung mit Reichskriegsflaggen und dem Eisernen Kreuz auf dem Brandenburger Tor, erhebt das Vierte Reich, das jetzt bis zur Oder-Neiße-Grenze reicht, wieder unheilvoll sein Haupt. Und immer noch gibt es Linke, die sich dagegen wehren, wenn wir vom Vierten Reich sprechen!

Der neue *Drang nach Osten* des deutschen Imperialismus geht einher mit einer finsternen Kampagne zur Entehrung

und Verleumdung der heroischen, unter großen Opfern erkämpften Befreiung Osteuropas vom Alptraum des Nazismus. Nach der Rückeroberung der DDR geht es jetzt um die *Umkehrung* der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Um den Sieg der Roten Armee gegen Hitlers Truppen umzudrehen, muß die Geschichte selbst auf den Kopf gestellt werden – faschistische Massenmörder werden zu „Opfern“ gemacht.

So arbeitet in Buchenwald eine Kommission unter dem sozialdemokratischen Historiker Eberhard Jäckel an der „Neukonzeption“ der Gedenkstätte, die künftig zur Hälfte den Opfern der Nazis und zur anderen Hälfte den Nazis gewidmet sein soll, die von der Sowjetunion nach 1945 interniert wurden. Bei seinem Besuch in Buchenwald am 10. Juni ehrte Helmut Kohl die Gefangenen des sowjetischen „Speziallagers“ und drohte: „Die Erinnerung an das Grauen wird uns allen immer frisch im Gedächtnis bleiben.“ Davor hatte es der Reichskanzler abgelehnt, sich in das Goldene Buch der Gedenkstätte für die 250 000 KZ-Häftlinge aus 35 Nationen einzutragen.

Als im Juli bekannt wurde, daß auf dem Gelände des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück – entlang der Straße der Nationen, die von Häftlingen mit bloßen Händen gepflastert worden ist – ein Kaiser's-Supermarkt und ein Autohaus gebaut wurden, kam es zu internationalen Protesten. In Ravensbrück, einem Stadtteil von Fürstenberg, waren unter Hitler etwa 132 000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert, über die Hälfte wurden ermordet. Im Mai 1945 befreite die Rote Armee die überlebenden Frauen.

Die Teilnehmer einer antifaschistischen Protestaktion vor dem KZ-Eingang Ende Juli wurden von einem Fürstenberger Mob angepöbelt und tätlich angegriffen. „So war das damals auch, es fehlen nur noch die Schäferhunde“, berichtete entsetzt eine Überlebende des Nazi-Terrors. Zu der den Nazis entlehnten Parole „Fürstenberg

*Fortgesetzt auf Seite 8*



AP



**Bitburg, Mai 1985: Kohl/Reagan salutieren Waffen-SS. Oben: Ausstellungstafel über Nazi-Kriegsverbrecher in SS und Industrie im Lagermuseum der Gedenkstätte Sachsenhausen, das vom Vierten Reich „abgewickelt“ wird – so wollen die Imperialisten ihre Spuren verwischen und auch den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Reich zunichte machen**

## KZ-Gedenkstätte...

Fortsetzung von Seite 7

muß leben“ fügte der SPD-Bürgermeister Wolfgang Engler noch hinzu: „Es kann nicht angehen, daß die Gedenkstätte die Stadt Fürstenberg erdrückt.“ Besorgt um das Bild des „häßlichen Deutschen“ im Ausland, redete der brandenburgische SPD-Ministerpräsident Stolpe (der auch die Schirmherrschaft über Friedrichs Gebeine übernommen hatte) von der „Würde des Ortes“, der „angemessen“ Rechnung getragen werden mußte. „Verständnis“ äußerte er aber für die Einwohner Fürstenbergs, die in der DDR gleich zweifach „bedrängt“ waren; einmal von der sowjetischen Armee und zweitens von der Gedenkstätte: „Das war für die Fürstenberger wie eine zweite Besatzungsmacht.“

In Ravensbrück wurden die Bauten erst einmal eingestellt. Anders bei der KZ-Gedenkstätte Schwarzheide, einem der 90 Außenlager des KZ Sachsenhausen. Dort wurde in einer Nacht- und Nebelaktion das gesamte Gelände mit schwerer Räumtechnik planiert. Im Horrorlager Mittelbau-Dora, wo die Nazis 60 000 Menschen, darunter fast 4000 Cinti und Roma, zu grausamer Zwangsarbeit im Bergwerk einsperrten und 20 000 Menschen ermordeten, soll nach den Plänen der Thüringer Regierung der Gips-Rohstoff Anhydrit abgebaut werden. Von Ende 1943 an mußten die Häftlinge in der unterirdischen Fabrik Hitlers „Wunderwaffen“, die Raketen V1 und V2, montieren. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, der selbst in Dora inhaftiert war, schrieb in einem Protestbrief: „Es kann nicht hingenommen werden, daß der neue Geist des kommerziellen Denkens buchstäblich auf Leichen der jüdischen NS-Opfer gebaut wird.“ Doch was hatte er vom „neuen Geist“ des Vierten Reichs anderes erwartet?

Die Mitarbeiter der Gedenkstätten werden entweder entlassen oder sind von Entlassung bedroht. In Nordhausen hatte der Archivar des ehemaligen Konzentrationslagers Dora, Gerhard Zeidler, der *Berliner Zeitung* erzählt, wie Schautafeln überpinselt werden, und „von seiner Verbitterung und Angst, daß seine Enkel einmal nicht mehr erfahren würden, wie schrecklich der Faschismus war, weil Gartenarchitekten Gedenkstätten in Parkanlagen umgestalten“ (*Berliner Zeitung*, 24. Juli). Zwei Wochen später wurde er gefeuert, die restlichen Mitarbeiter unter Androhung von Rausschmiß mundtot gemacht.

In Sachsenhausen, das 1936 als erstes Nazi-Konzentrationslager gebaut wurde, werden Besucher gleich am

Eingang von einer weißen Tafel mit der zynischen Mitteilung empfangen: „Das Ende der kommunistischen Herrschaft und die Vereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit macht es möglich, auch derer zu gedenken, die nach 1945 unter sowjetischer Besatzungsmacht und dem DDR-Unrechtsstaat im Widerstand Freiheit, Gesundheit und Leben geopfert haben.“ Das „Museum der Nationen“ wurde geschlossen, das Lagermuseum, wo die Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern durch die deutsche Industrie dokumentiert ist, soll ebenfalls zu einer Fälscherwerkstatt „umgestaltet“ werden. Dafür gibt es jetzt in Sachsenhausen eine Ausstellung über das sowjetische Internierungslager für Nazis, das „Speziallager 7“.

Die Noltes und Stürmers, die 1986 im „Historikerstreit“ den Holocaust relativieren wollten, können jetzt einen Sieg für sich verbuchen, wo auch sozialdemokratische und „linke“ Hexenjäger die sowjetischen Lager mit den „Todeslagern“ gleichsetzen. So zieht der Grüne Udo Knapp gegen den „verlogenen Antifaschismus der SED“ zu Felde und spricht von „den von der SED fortbetriebenen KZs“, während der Schriftsteller Henning Pawel in der *taz* (13. August) ein „gesamtdeutsches Tribunal für Nazis und Stalinisten“ fordert. Horst Teltchik schreibt in der *Zeit*, daß der „Terror in der DDR ... in seiner Menschenverachtung seinesgleichen sucht“, und Springers *Welt* jubiliert, es gehe endlich „nicht mehr einseitig um den Kampf des Guten gegen das Böse“. Inzwischen wurden vom Vierten Reich die Ehrenrenten der KZ-Überlebenden in der Ex-DDR gestrichen und das Vermögen der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes enteignet. Die Klage einer ehemaligen Siemens-Zwangsarbeiterin auf Entschädigung wurde im Juli von den Nachfolgerichtern des Nazi-Volkgerichtshofes erneut abgelehnt.

### Die Große Lüge

Der Vergleich von sowjetischen Internierungslagern mit den Konzentrationslagern der Nazis ist einer der obszönsten und empörendsten Bestandteile der antisowjetischen Hetzkampagne. Für die arbeitenden Klassen Europas und für ganze Völker war die deutsche Besetzung ein schrecklicher Alptraum von Mord und Sklavenarbeit. Für die Juden, die Roma und Cinti bedeutete sie die Massenvernichtung.

Vom Standpunkt der Werktätigen in der ganzen Welt bestand nach dem Völkermord des Dritten Reichs das Pro-

Fortgesetzt auf Seite 18



Zeichnung „Eine traurige Arbeit“ von France Audoul, Häftling im KZ Ravensbrück. Sie schrieb:

„Als einfache und ergebene Kämpferin, die ich gewesen bin, wurde ich wie so viele andere auch in das faschistische Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, und ich möchte ... über das berichten, was Frauen erlitten haben, von den unvorstellbaren Mißhandlungen, denen sie ausgesetzt wurden, und von den letzten Minuten der so vielen Frauen, die nicht wieder heimgekehrt sind.“

## Zerschlagt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 1

Reich von seiner ersten Krise geschüttelt wird“ (*Arprekorr* Nr. 21, 1. Februar 1990).

Die rassistische Volksfront von CDU/CSU und SPD, Grünen bis hin zur PDS bahnte den Faschisten den Weg. Bremens Wahlkampf galt der „Abschiebewahl“, angestiftet und geführt von der SPD. Bremens SPD-Regierungschef Wedemeier weigert sich schon, Flüchtlingsanträge von Rumänen und Polen überhaupt anzunehmen. Nachdem die SPD die Flammen des Rassismus entfacht hatte, erhielten die Nazis der DVU 6,2 Prozent und die faschistischen Republikaner noch 1,5 Prozent der Stimmen.

Die Antwort von CDU/SPD/Grünen auf den eskalierenden rassistischen Terror sind KZs und Aufnahmestopps für Asylsuchende. Die SPD/DGB-Bürokraten wollten mit einem Aufruf zum Tag der Reichseinheit ein „ausländerfreundliches“ Gesicht aufsetzen. „Mahnwachen“ sollen „die Polizei benachrichtigen“ – wenn die Wohnheime brennen. Wer Immigranten und Flüchtlinge vor dem Nazi-Terror schützen möchte, soll den Nazis ohnmächtig als „Bürger“ gegenüberstehen und zusehen. Dieser Aufruf kommt von den DGB-Bonzen, die alles tun, um zu verhindern, daß die deutschen und eingewanderten Arbeiter ihre Macht einsetzen und zum Beispiel die Nazis von der Straße verjagen und mit gut organisierten Arbeiterselbstverteidigungsgruppen Flüchtlinge und Immigranten wirklich schützen.

Die PDS reiht sich in die rassistische Volksfront ein: sie ruft nach „mehr Bullen“; gleichzeitig will sie mit den Nazi/Skinhead-Mördern „diskutieren“. Und dann soll sich der Reichskanzler als „Schutzschild“ vor die Wohnheime stellen – ganz klar als „Schutz“ vor dem Image des „häß-

Zwei Wochen vor dem Jahrestag der „Deutschen Einheit“ am 3. Oktober zeigt das Vierte Reich seine blutige Fratze. Tagelang blockierten faschistische Banden Immigrant-Wohnheime in Hoyerswerda, warfen Fensterscheiben ein und Brandflaschen in die Unterkünfte. All dies unter den Augen der Nachbarn, die dem Pogrom teilweise Beifall klatschten. Die Überfälle des braunen Packs haben eine neue Qualität erreicht, weil die Faschisten nach der Konterrevolution in der DDR einen Nährboden finden, wo bereits über die Hälfte der Werktätigen (Kurzarbeiter, Frauen, über 50jährige) arbeitslos ist und ins soziale Elend gestoßen wird. Jetzt kriechen die Nazis mit dem alten rassistischen Dreck wieder aus ihren Löchern.

*Energische Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer antifaschistischen Verbündeten können die Faschisten stoppen.* Aus Hoyerswerda sind jetzt fast alle Ausländer rausgejagt worden. *Aber das hätte verhindert werden können.* Hoyerswerda ist keine Nazi-, sondern eine Arbeiterstadt, die wie die übrige Ex-DDR unter kapitalistischer Verwüstung und Verzweiflung leidet. Entschlossenes Eingreifen der organisierten Werktätigen könnte einfach die paar hundert Nazi-Skinhead-Punks und rassistischen Rowdies wegfeigen, die „Schaulustigen“ zum Schweigen bringen und eine Menge Unterstützung in der Gemeinde gewinnen. Es ist eine Frage der *Führung*, der Intervention einer revolutionären Arbeiterpartei, wie sie die Spartakist-Arbeiterpartei aufbauen will – internationalistisch und antirassistisch.

In Hoyerswerda konnten die Nazis mit Unterstützung der Bourgeoisie gewinnen, im Sog der seit Monaten tobenden „Asylantendebatte“. Von der berüchtigten *Bild*-Zeitung bis zu den „gehobenen“ rassistischen Artikeln in *Spiegel* und *Zeit* wurde die Hetzkampagne gegen Flüchtlinge hochgepeitscht. Das Vierte Reich hat sein „Wirtschafts-

lichen Deutschen“! Die SPD-Satelliten tragen ihren Teil dazu bei: der dubiose BSA, der jede antifaschistische Mobilisierung bekämpft, unterstützte die Partei des Roma- und Cinti-Abschiebers Lafontaine, während das Grüppchen Arbeitermacht zur Wahl des Polen- und Rumänen-Aussperrers Wedemeier in Bremen aufrief.

Wir Spartakisten kämpfen für Selbstverteidigungsgruppen, die auf der Arbeiterbewegung basieren, um die Wohnheime zu schützen. Am 3. Oktober intervenierten wir auf den Demonstrationen gegen Rassismus in Hamburg und Berlin mit unserem Programm für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung. Als die Berliner Demo mit etwa 20000 Teilnehmern an einem vietnamesischen Arbeiterwohnheim vorbeikam, wurde sie von den Bewohnern begrüßt, die an die Demonstranten Zigarettenschachteln verteilten.

Auf der antifaschistischen Demonstration in Hoyerswerda am 29. September nahmen viele Einwohner gerne unser *Spartakist*-Extra. Einige Arbeiter vom Braunkohlebergbau nahmen kleinere Stapel, um sie weiterzuverteilen und im Betrieb mit den Kollegen über Maßnahmen gegen faschistische Angriffe zu diskutieren. Im Wohnheim der noch verbliebenen Mosambikaner und Vietnamesen wurde das Extrablatt begrüßt, gleichzeitig erzählten die Arbeiter von ihrer Furcht vor dem 3. Oktober. Der Kampf um gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten gegen den Nazi/Skinhead-Terror muß zusammengeschweißt werden mit einem Programm für vereinten Klassenkampf in Ost und West gegen die Arbeitslosigkeit, aus der die Nazis rekrutieren. Nachfolgend drucken wir das *Spartakist*-Extra vom 28. September ab.

**Bestellt Stapel des Extras bei der Redaktionsadresse und gebt sie an eure Freunde und Kollegen weiter!**

wunder“ durch die Superausbeutung der importierten „Gastarbeiter“ geschaffen. Heute hetzen die Kapitalisten gegen eine „Asylantenflut“ und bauen die „Festung Europa“, um die Ausplünderung Osteuropas und der Sowjetunion unter deutscher DM-Ordnung zu organisieren.

Bonns Politik ist Teil der allgemeinen Hexenjagd: Die Immigranten werden aus den Betrieben gedrängt und massenweise abgeschoben. Die rassistische Volksfront von CDU/CSU und SPD, Grünen bis hin zur PDS streitet über die effektivsten Abschiebemethoden oder handelt mit Quoten und züchtet damit die Nazi/Skinhead-Truppen. Björn Engholm preschte vor und forderte Sammellager für Asylsuchende und eine „Beschleunigung“ des Abschiebeprozesses, während die Grünen nach „Quotierung“ von Ausländern schreien. Die schwarz-rot-goldene PDS, die zuvor die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt hat, hilft kräftig mit, den neuen Staatsapparat des Vierten Reichs aufzubauen und Ostdeutschland „ausländerrein“ zu machen. Sie wollen das Image vom „häßlichen Deutschen“ zugunsten der deutschen Bourgeoisie aufpolieren.

Aber das wahre Gesicht des „demokratischen Deutschland“ ist der Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge. Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“, und warnte, daß die Konterrevolution die Arbeiter, die Frauen und die Immigranten in Massenelend stürzen wird.

Hoyerswerda ist ein Beispiel für die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR. Davor hatten alle Arbeit und Wohnungen. Mit dem Anschluß an das Vierte Reich gibt es für den Braunkohlebergbau keine Perspektive mehr, und der Gigant

*Fortgesetzt auf Seite 10*

# Zerschlagt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 9

Schwarze Pumpe will in den nächsten Wochen über 5000 Arbeiter entlassen. Obwohl Kohle und Gas zur Energiegewinnung dringend gebraucht werden, sollen die Reviere stillgelegt werden. Nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern als Teil des Vernichtungsfeldzuges, dem alle



Der Spiegel  
des deutschen  
Chauvinismus

Werk tätigen der ehemaligen DDR ausgesetzt sind. Der Zweck ist die Einschüchterung und Demoralisierung des ostdeutschen Proletariats, mit dem Resultat, daß die Nazi-Banden am helllichten Tage ungehindert ihr mörderisches Gewerbe ausüben können.

Weil die Streiks und Proteste gegen Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen vereinzelt geblieben sind und es keinen massiven und geschlossenen Arbeiterwiderstand gegeben hat, findet die deutsch-nationale Demagogie der Nazis besonders unter Jugendlichen Gehör, die keine Perspektive und Zukunft für sich sehen. Es ist in erster Linie die Verantwortung der SPD-geführten Gewerkschaftsbürokratie, die Arbeiterkämpfe verhindert zu haben. So profilierten sich die sozialdemokratischen Betriebsräte als rabiateste Stasi-Hexenjäger und arbeiteten offen für das feindliche Lager, um die Arbeiterkämpfe zu verhindern und die Massenentlassungen durchzusetzen.

Um sich zu verteidigen, brauchen die Arbeiter eine Partei mit einem revolutionären Programm, die für die Auf-

## Veranstaltungsreihe der SpAD

### Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

### Stoppt die Skins/Republikaner durch Arbeiter-/Immigranten-Mobilisierung!

- |                |   |
|----------------|---|
| <b>BERLIN</b>  | Donnerstag, 10. Oktober<br>18.30 Uhr, Linkstreff<br>Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65       |
| <b>HALLE</b>   | Mittwoch, 23. Oktober<br>18.00 Uhr, Klubraum<br>Joliot-Curie-Platz 29/30, Halle 4020      |
| <b>HAMBURG</b> | Freitag, 25. Oktober<br>19.00 Uhr, Volkshaus der Türkei<br>Neuer Kamp 31, 2000 Hamburg 36 |

teilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich kämpft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wohnungen, Verkehrsverbindungen und soziale Infrastruktur müssen wiederaufgebaut werden. Dazu ist ein Programm von öffentlichen Arbeiten bei vollem West-Tariflohn und unter Kontrolle der Gewerkschaften notwendig, das die Arbeitslosen und Jugendlichen von der Straße holt. Die Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse muß gestoppt werden, um den Faschisten den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

### Polizeiterror im Vierten Reich

„Mehr Polizei“ ist jetzt der Schlachtruf vor allem der PDS. Aber Hoyerswerda hat wieder einmal bewiesen, daß die Polizei nur in Aktion trat, um die Selbstverteidigung der Wohnheime zu verhindern und die Demonstranten festzunehmen, die sich zur Verteidigung der Bewohner versammelten. Und als am Schluß im Auftrag des Stadtrats die Polizei endlich aktiv wurde, dann nicht, um die Faschisten wegzuräumen, sondern um die eingewanderten Arbeiter und Flüchtlinge abzuschieben. Ein Polizeileutnant im Einsatz erklärte vor Presse-Mikrofonen: „Zufrieden sind wir schon, wenn die ganzen Ausländer weg sind.“

Nicht die Nazis landeten im Gefängnis, sondern die Flüchtlinge wurden nachts in Bussen aus dem Ort geschafft. Das Fahrtziel wurde verschwiegen; ein Vietnameser wurde bei der Abfahrt durch einen Steinwurf schwer verletzt. Die Polizei lehnte es ab, einen Arzt zu holen, wie es die Flüchtlinge forderten. In dreistündiger Irrfahrt durch Sachsen gelangten sie nach Pirna, wo sie auf freiem Feld und ohne Essen die Nacht verbringen mußten. Einige flüchteten nach Berlin und Hannover.

Die Bourgeoisie will die faschistischen Aufmärsche in Ostdeutschland dem Arbeiterstaat DDR in die Schuhe schieben, während das Leben der Immigranten im Westen rosig gemalt wird. Dies ist eine offensichtliche Lüge. Von 62 Brandanschlägen in den letzten acht Monaten fanden mehr als 20 in Nordrhein-Westfalen statt. Als am 19. September der Nazi-Abschaum in Hoyerswerda ungehindert Molotowcocktails warf, verbrannte in der gleichen Nacht in Saarlouis der Ghanaer Samuel Yeboahin nach einem Brandanschlag; zwei seiner Heimkollegen aus Nigeria wurden schwer verletzt. Im Saarland, das vom SPD-Exkronprinzen Lafontaine regiert wird, sitzen die faschistischen Republikaner im Rathaus. Am nächsten Tag protestierten in Saarlouis 400 Demonstranten mit den Losungen: „Faschos erledigen die Dreckarbeit für CDU/SPD/Grüne“ und „Gastfreundliches Saarland. Saarbrücken schiebt ab, Saarlouis verbrennt.“

### Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Im Westen wie im Osten kämpfen die Kumpel um ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensunterhalt. Mehr und mehr spüren die Arbeiter von Bundesbahn und Post bis Stahl und Bergbau, daß die vereinigte Deutsche-Bank-Republik sinkenden Lebensstandard und zunehmende faschistische Greuelthaten bedeutet. Einige Kontingente disziplinierter IG-Bergbau-Arbeiter, zusammen mit ihren Kollegen der ÖTV, sind eine Macht, die die Wohnheime der eingewanderten Arbeiter und Flüchtlinge sichern kann.

In Westdeutschland sind die 2,2 Millionen eingewanderten Arbeiter ein strategischer Teil des machtvollen Proletariats, das in den Schlüsselindustrien multinational zusammengeschweißt ist. Die Arbeiter aus Südeuropa, der Türkei und Kurdistan stehen an vorderster Front des Klassenkampfes. Sie sind nicht der SPD verpflichtet, die die „deutschen Interessen“ in die Arbeiterklasse hineinträgt. Die SPD spielt die Arbeiter untereinander aus – gegen eingewanderte Arbeiter, Roma, Cinti und Flücht-

Berlin, 3. Oktober:  
Spartakist-Block in  
antifaschistischer  
Demonstration



Spartakist

linge. Die Arbeiter brauchen eine internationalistische revolutionäre Partei, um die Macht der Arbeiterklasse zu entfesseln, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Massenarbeitslosigkeit kämpft und Bonns Abschiebe-„Ausländergesetz“ hinwegfegt. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

### Faschistischer Mob wütet in Hoyerswerda

Entschiedene und energische Arbeiteraktionen sind notwendig, um die Faschisten zu stoppen. Dies zeigt besonders das Beispiel von Hoyerswerda. Die Skinheads fingen mit Steinen und Flaschen an, dann folgten Reizgas und Mauser-Pistolen. Die Heimbewohner verteidigten sich mit Knüppeln und Eisenstangen, aber am nächsten Tag ging es weiter, bis am Donnerstag der harte Kern der Nazis von 50 auf 400 answoll und vor das Wohnheim zog, wo angolanische, jugoslawische und rumänische Asylsuchende wohnen. Vor gaffenden und Beifall klatschenden Zuschauern und einer regelmäßig zu spät kommenden Polizei weiteten die Nazis ihren Terror aus.

Geradezu tragisch ist es, daß viele Flüchtlinge im Westen unterzukommen hoffen, wo für Roma und Cinti, Ghanaer und Tamilen schon jahrelang Lager gebaut werden, wo diese Menschen von Polizei und Faschisten verfolgt und terrorisiert werden.

Die brutalen Angriffe riefen anständige Bürger auf den Plan, die dem rassistischen Terror ein Ende setzen wollten. Nur 30 km von Hoyerswerda entfernt wurden die Faschisten in Cottbus am 22. September von linken Jugendlichen gestoppt, als sie ein Wohnheim von Flüchtlingen angreifen wollten. Die Internationale Liga für Menschenrechte, die Jüdische Gruppe, Autonome, die SpAD und andere Gruppen kamen aus Berlin nach Hoyerswerda. Ein Teil der Bevölkerung von Hoyerswerda stellte sich zu den Linken. Aber ohnmächtige Mahnwachen vor Ausländerheimen allein helfen kaum. Einige Hundert Arbeiter könnten die Sache schnell beenden. Ein Gewerkschaftsmitglied in Hoyerswerda erzählte den Genossen der SpAD: „Ja, ein paar Kumpel von der Arbeit könnten diese Sache schnell erledigen, und ich werde das morgen mit ihnen diskutieren.“ Ein Arbeiter äußerte empört über die Nazi-Angriffe gegen seine mosambikischen Kollegen: „Die haben in der Kohle jahrelang die Dreckarbeit für uns gemacht.“

„Hoyerswerda kann überall sein“, droht der sächsische Minister Krause. Tatsächlich hat Hoyerswerda eine neue Qualität erreicht – es war ein Pogrom, das tagelang anhielt. Es ist dem bürgerlichen Staat gelungen, sein „Aus-

länderprogramm“ durchzuführen. Dabei benutzen sie alle die Lüge, daß „40 Jahre Kommunismus“ diese Nazi-Kreaturen hervorgebracht hätte, weil sie die starke antifaschistische Tradition der DDR ausrotten wollen.

Die DDR war ein Arbeiterstaat, wenn auch von Anfang an bürokratisch deformiert, der von den *Opfern* des Nazi-terrors gegründet wurde. Als im Dezember 1989 die verabscheuungswürdige Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow geschah, kamen 250 000 zu einer machtvollen Einheitsfrontkundgebung und bewiesen damit, daß in Ostdeutschland die antifaschistische Tradition ganz lebendig ist. Wir Spartakisten haben diese Einheitsfront initiiert (die dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde), um die Tradition in den Berliner Fabriken und NVA-Kasernen wiederzubeleben – in der internationalistischen Tradition von Leo Trotzki und seinem Kampf für Arbeitereinheitsfront Anfang der 30er Jahre, um die Faschisten zu zerschlagen. Diese Tradition wurde zuerst durch den Sieg der Nazis gebrochen, der durch die kampflose Kapitulation von KPD und SPD ermöglicht wurde.

Der stalinistische Nationalismus, der auf dem Mythos des „Sozialismus in einem Land“ basiert, diente der Demoralisierung der ostdeutschen Arbeiterklasse und isolierte sie von ihren internationalen Klassenbrüdern. Eingewanderte Arbeiter aus sogenannten brüderlichen „sozialistischen“ Ländern mußten getrennt von dem Rest der Bevölkerung zusammengepfercht in engen Wohnheimen leben, und sie erhielten weniger Lohn für die dreckigsten Arbeiten. Nach dem Fall der Mauer verbreiteten die Spartakisten in der *Arbeiterpressekorespondenz* internationalistische Grüße an diese Arbeiter und an die sowjetischen Soldaten und ihre Familien in vietnamesisch, portugiesisch, spanisch, polnisch und russisch.

In obszöner Weise duldeten die Stalinisten kleine Skinhead-Banden in der DDR. Aber erst der Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Verzweiflung, bietet den Faschisten eine materielle Basis, um zu rekrutieren. Wenn eine entschlossene Arbeiterklasse fehlt, ist es möglich, daß die Faschisten sich von Bierhallenschlägern zu einer tollwütigen Massenbewegung entwickeln.

Die Arbeiter und Immigranten müssen mobilisiert werden zu Einheitsfrontaktionen, die alle Feinde des rassistischen Terrors einbeziehen, um die Nazis zu stoppen. Dazu müssen wir eine revolutionäre Partei schmieden, mit einem Programm, um die Macht der Arbeiterklasse zu organisieren. Vor uns steht die Aufgabe, das ganze verrottete kapitalistische System zu stürzen, um den Faschismus ein für alle Mal zu beseitigen. ■

## Zerbrechen der Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

Tragen kommen... Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können, doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest.*"

Die Sowjetunion droht in einem fast totalen politischen, nationalen und wirtschaftlichen Chaos zu versinken. Eine Republik nach der anderen hat ihre „Unabhängigkeit“ vom machtlosen Moskauer Zentrum erklärt, mit



Spartacist

**Pamjat-Faschisten, großrussische, antisemitische Terroristen, legitimiert durch Jelzin, marschieren im Frühjahr dieses Jahres mit dem Portrait von Zar Nicholas II.**

der Aussicht auf Grenzkriege, Massenvertreibungen und blutige kommunalistische Zusammenstöße. Die Industrieproduktion stürzt ins Bodenlose, während erwartet wird, daß sich die Preise im nächsten Jahr mindestens verzehnfachen werden. Im Winter drohen Massenarbeitslosigkeit und Hunger.

Um bei der zusammenbrechenden Machtstruktur oben zu bleiben, hat Gorbatschow mit Jelzins Unterstützung die Selbstauflösung des Kongresses der Volksdeputierten durchgepeitscht. Erst einmal soll ein Rat der Republiken mit Gorbatschow und den Vertretern von zehn Republiken, die ihre Bindung zu Moskau nicht völlig gelöst haben, die „Autorität“ im Lande darstellen. Aber Jelzins Russische Republik hält die Zügel in der Hand. Auf den Straßen von Moskau wird dieser Rat schon „GKChP II“ genannt, in Anlehnung an das „Notstandskomitee“ der Putschisten.

Am Ende ihrer letzten Sitzung verabschiedete Gorbatschow die Volksdeputierten: „OK, das war's, Towarischtschi, do swidania“ – „Auf Wiedersehen, Genossen“. Es mag einfach gewesen sein, diese parlamentarischen Kretins in die Wüste zu schicken, was ihnen mit Abgeordnetensalär und Vergünstigungen wie kostenlosen Flugreisen schmackhaft gemacht wurde. Aber es wird nicht so einfach sein, mit einer wütenden und hungrigen Arbeiterklasse fertigzuwerden. Gorbatschows ehemaliger Außenminister Schewardnadse, ein führender Kopf der „demokratischen“ Konterrevolution, warnt: „Das letzte Mal war es eine Palastrevolte. Ich glaube nicht, daß das noch einmal passiert. Aber das bedeutet nicht, daß die Leute nicht auf die Straße gehen werden, um gegen das Chaos in der Wirtschaft zu rebellieren.“

In den letzten Wochen haben wir kaum mehr als parlamentarische Spielchen gesehen. Die wirkliche Frage ist, was passieren wird, wenn die neuen Regime in Rußland,

der Ukraine und anderen Republiken anfangen, die verschiedenen „Schocktherapien“ einzuführen, um in Richtung Kapitalismus zu gehen. Falls die Arbeiter auf die Straße gehen, um sich gegen die Verwüstungen durch die Restauration des Kapitalismus zu verteidigen, gegen die Schließung von „unrentablen“ Unternehmen, gegen Massenarbeitslosigkeit und den drohenden Hunger, dann könnten alle Pläne der Imperialisten und ihrer sowjetischen Helfershelfer in Rauch aufgehen.

Durch die Verbreitung unserer Propaganda und ein trotzkistisches Programm für den Kampf gegen die Konterrevolution strebt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) danach, einen wirklich kommunistischen Kern zusammenzuschließen, der in diese verzweifelte Situation interveniert, um die kommenden Kämpfe der Arbeiterklasse zum Sieg über die jetzt voranschreitende Konterrevolution zu führen.

### Raubgierige Nationalisten machen sich breit

Von den Dörfern der Tataren an der Wolga bis zu Moskauer Intellektuellenkreisen wächst die Furcht vor Jelzin als dem neuen russischen Zaren. Der ehemalige Dissident Roy Medwedew, der sich bewundernswürdig immer noch als Kommunist bezeichnet, brachte diese Gefühle zum Ausdruck:

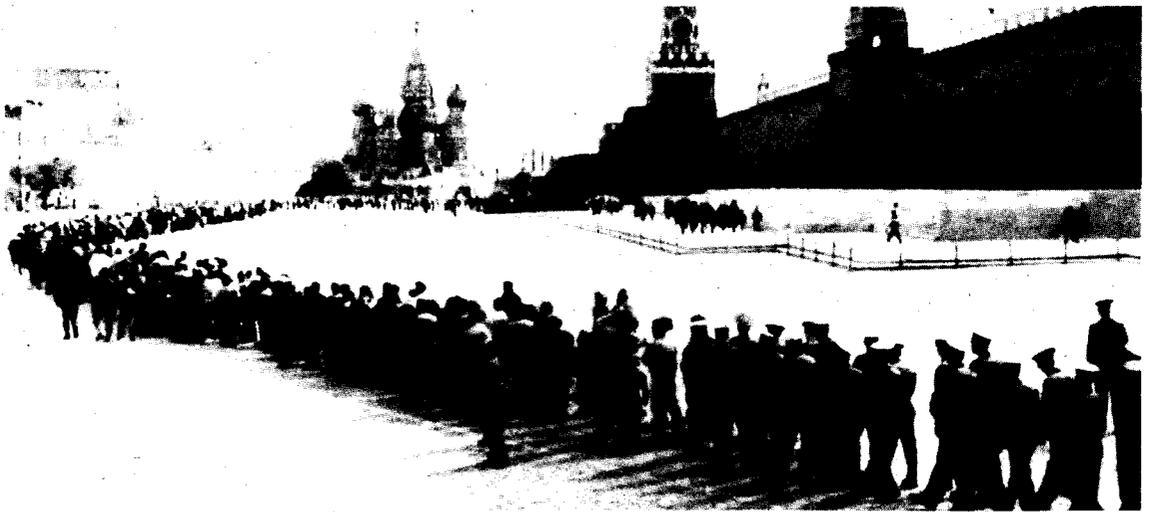
„Der fehlgeschlagene Putsch verwandelt sich in einen Gegenputsch. Alles, was passiert, weist auf einen völligen Notstand hin. Viele der Dekrete, die Jelzin verkündet und die Gorbatschow geschluckt hat, sind nach der Verfassung illegal. Die Gesetze über die Freiheit der Presse und der politischen Parteien sind schon mit Füßen getreten worden durch die Schließung der Zeitungen und die Schließung der Büros der Kommunistischen Partei. Dies sind schlimme Anzeichen.“ (*Guardian* [London], 30. August)

Jelzin und seine russischen nationalistischen Kumpane verloren keine Zeit, mit den scharfen Krallen des großrussischen Bären zu drohen. Als Antwort auf die „Unabhängigkeits“erklärung des ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk hat Jelzin unheilvoll damit gedroht, Rußlands Grenzen zu „überprüfen“, und hat verkündet, er wolle „die Interessen der Russen außerhalb der Russischen Republik verteidigen“. Leningrads Bürgermeister Anatol Sobtschak hat verlangt, daß die Krim-Halbinsel, die von Chruschtschow der Ukraine unterstellt worden war, an Rußland zurückgegeben werden soll.

Jelzin hofiert unverhohlen die heutigen Nachfahren der Schwarzhunderter, die Faschisten von Pamjat, die er bei einer seiner ersten Amtshandlungen als Moskauer Parteichef Mitte der 80er Jahre als legitim anerkannte. Als er bei einem Fernsehinterview des amerikanischen Senders ABC am 5. September gefragt wurde, was seine Meinung über die „sehr stark antisemitische“ Pamjat sei, antwortete Jelzin ungeniert, daß diese faschistische Gruppe nicht „so extrem ist, wie sie war, als sie angefangen hat“. Er fügte hinzu: „Ich habe schon seit längerer Zeit Beziehungen zu Pamjat.“

Gorbatschows Markt„reformen“ heizten das Wiederaufleben der lange unterdrückten nationalistischen Gegensätze an – zuerstzutage getreten bei den brudermörderischen Kämpfen zwischen Armeniern und Aserbaidshanern im Kaukasus – und ermutigten großrussische Faschisten wie Pamjat und Hitleranhängern wie NTS, aus ihren Rattenlöchern hervorzukriechen. Seit Pamjat zuerst auf den Straßen von Moskau und Leningrad aufgetaucht ist, haben wir Trotzisten zu unabhängigen Mobilisierungen von Arbeitern, Männern und Frauen der Roten Armee, Juden und anderen Minderheiten aufgerufen, um diese faschistischen Braunhemden wegzufügen. Die Bürokraten haben

**Während Jelzins  
Konterrevolution:  
Tausende warten in  
kilometerlanger  
Schlange vor dem  
Lenin-Mausoleum,  
um den Führer der  
bolschewistischen  
Revolution zu ehren**



AP/Dejong

ihrerseits Pamjat geschützt, und jetzt wachsen diese Pogromisten unter der Flagge des neuen konterrevolutionären Regimes stark an.

Die Jelzinisten haben genauso wie die stalinistischen „Patrioten“ die sowjetischen Juden, deren Vorfahren in überproportionaler Zahl den sowjetischen Staat im Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg verteidigt haben, in die Arme der zionistischen Todesfalle Israel getrieben. Eine wirklich leninistische Avantgarde muß als „Volks-tribun“ jedes Auftreten von Antisemitismus bekämpfen.

Der neue Rat der Republik soll den Vorsitz führen bei dem „geordneten Zusammenbruch“ des sowjetischen Staates. Aber der Zusammenbruch der Sowjetunion wird weder geordnet noch demokratisch sein. Die multinationale Bevölkerung der UdSSR ist weitgehend vermischt, ja oft sogar untereinander verheiratet – viel stärker als unter den Zaren. In Estland sind nur drei von fünf Menschen ethnische Esten, in Lettland nur einer von zweien ein Lette, und in Kasachstan ist nur knapp jeder dritte ein Kasache. Und Rußland ist die Heimat von mehr als 100 nationalen und ethnischen Gruppen, einschließlich 16 autonomer Republiken. Beim Kongreß der Volksdeputierten verlangten Vertreter dieser Nationalitäten Garantien gegen Jelzins russisches nationalistisches Regime.

Die geifernden kleinbürgerlichen Nationalisten, die jetzt in den verschiedenen ehemaligen Unionsrepubliken auf dem hohen Roß sitzen – meist stammen sie aus der alten stalinistischen Bürokratie –, setzen alles daran, das „Recht“ ihrer Nationalität wiederaufleben zu lassen, andere zu beherrschen. In Moldawien fordert der nationalistische Führer Mircea Snegur die Vereinigung mit Rumänien, zur Erfüllung des „Traums unseres Königs Stephan der Große“ – aus dem 15. Jahrhundert! Natürlich kommt dies nicht gut an bei mehr als einem Drittel der Bevölkerung Moldawiens, die Russen, Ukrainer oder turksprachige Gagausen sind, noch nicht einmal bei vielen ethnischen Rumänen.

Als Antwort darauf haben nichtrumänische Minderheiten eine unabhängige Sozialistische Republik des Dnjestr ausgerufen, wo die Lenin-Statuen noch stehen, und haben militante Proteste organisiert – selbst Züge wurden angehalten –, um die Freilassung ihres Präsidenten zu verlangen, der von den moldawischen Behörden verhaftet worden war. „Wir wollen in der Sowjetunion bleiben“, sagte eine ältere ukrainische Demonstrantin (*New York Times*, 2. September).

Die lettische Regierung debattiert, ob sie den 48 Prozent der Bevölkerung, die Russen, Ukrainer, Belorussen oder andere Nichtbalten sind, überhaupt Staatsbürgerrechte, geschweige denn Sprachgleichheit gewähren soll. Hier geht es nicht nur um nationale Unterdrückung, son-

dern auch um *Klassenunterdrückung*, denn russischsprachige Arbeiter bilden die überwältigende Mehrheit des Industrieproletariats in Lettland und auch in Estland. Diese russischsprachigen Arbeiter sind alles andere als machtlos gegen die Versuche der neuen Regime, sie von der Staatsbürgerschaft auszuschließen oder sie aus ihrem Zuhause zu vertreiben. *Die Bildung von wirklichen Arbeitersowjets in Riga und Tallinn könnte den kleinbürgerlichen baltischen Nationalisten eine längst fällige Lektion in Demokratie erteilen.*

### **Nazi-Kollaborateure und imperialistische Marionetten**

Das Erbe von bürgerlicher „Unabhängigkeit“ und „Demokratie“, auf das die unterschiedlichen Nationalisten in der Sowjetunion heute zurückgreifen wollen, besteht aus imperialistischer Unterwerfung, Faschismus und bonapartistischer Diktatur. Als berichtet wurde, daß das „demokratische“ Litauen Tausende von Nazi-Kollaborateuren „rehabilitierte“, die von sowjetischen Gerichten verurteilt worden sind, kam es zu einem internationalen Aufruhr. Nur die Regierung des Vierten Reichs hüllte sich in Schweigen. Kein Wunder, hat sich doch Außenminister Genscher erst jüngst auf die „historische Verantwortung der Deutschen“ gegenüber den baltischen Staaten berufen.

Der Zionist und Antikommunist Elie Wiesel beschwerte sich, „daß dies einer der ersten Schritte eines unabhängigen Litauen sein würde, ist etwas, was kein anständiger Mensch verstehen oder akzeptieren kann“. Was hat er denn erwartet? Das Litauen der Zwischenkriegszeit war im Griff eines Regimes des Weißen Terrors, das Kommunisten verfolgte und Juden, Polen, Russen und andere

*Fortgesetzt auf Seite 14*

#### **Platforma Spartakusowców**

Pismo  
Spartakusowskiej  
Grupy Polski,  
sympatyzującej sekcji  
Międzynarodowej  
Ligi Komunistycznej  
(Czwarto-Międzynarodówkowej)

4 numery: 4000 zł

konto:  
Platforma  
Spartakusowców  
nr 93549-135874-136  
NBP IV Oddział  
PKO Wrocław



## Zerbrechen der Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 13

Minderheiten unterdrückte. Die prokapitalistischen litauischen Nationalisten von Sajudis verherrlichen diese Vergangenheit und sind, nicht überraschend, durchsetzt mit offenen Faschisten. In der westukrainischen Stadt Lwow



Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

**Nazi-Pogrom der „Einsatzgruppe A“ in Kaunas im Juni 1941. Heute bejubeln die Opportunisten den Wiederaufstieg des baltischen Nationalismus – Das Vierte Reich will das Baltikum wieder klauen**

fand ein Marsch von „antisowjetischen Partisanen“ des Zweiten Weltkriegs statt, die in voller Montur und Uniform auftraten. Ein „antisowjetischer Partisan“ im Zweiten Weltkrieg zu sein bedeutet, einfach gesagt, ein Nazi oder ein Nazi-Kollaborateur zu sein. Die prominenteste dieser Banden, die Union der Ukrainischen Nationalisten (OUN) von Stepan Bandera, war berüchtigt für ihre Massaker an Juden, Polen und Kommunisten in der Westukraine. Schon bevor Hitler mit seinem Unternehmen Barbarossa losgeschlagen hatte, war die OUN „aktiv gewesen und hatte für die Nazis Listen von jüdischen und polnischen Intellektuellen zusammengestellt, die umgebracht werden sollten, sobald Lwow in deren Hände fiel“ (Reuben Ainsztein, *Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe* [Jüdischer Widerstand im nazibesetzten Osteuropa], 1974). Zur Zeit des Krieges zwischen der Roten Armee und Nazi-Deutschland, und diesem untergeordnet, gab es in der Ukraine einen *Bürgerkrieg* zwischen antikommunistischen ukrainischen Nationalisten auf der einen Seite und jüdischen und roten Partisanen auf der anderen.

Die ukrainischen und baltischen Kollaborateure des Dritten Reichs standen in der Kontinuität der von den Imperialisten unterstützten nationalistischen Kräfte, die im Bürgerkrieg von 1918–21 gegen die Bolschewiki gekämpft haben. Der deutsche Imperialismus war Schirmherr für die Geburt einer „unabhängigen“ Ukraine, und zusammen mit dem britischen Imperialismus „selbstbestimmte“ er die baltischen Staaten und Georgien. Während sich Landarbeiter in Estland und Lettland 1917 in Massen dem roten Banner des Bolschewismus anschlossen – die lettischen Schützen dienten als Elitetruppen für das junge Sowjetregime –, schlugen die bürgerlichen und Gutsbesitzerklassen, die früher ein Bollwerk der Romanows gewesen waren, den Weg des Separatismus ein, um damit die Revolution zu bekämpfen.

Im Transkaukasus war die Situation sogar noch bemerkenswerter. 1918 bildete der armenische Bolschewik Stepan Schaumjan in Baku eine Sowjetregierung, die sich auf die zumeist aserbajdschanischen und russischen Ölarbeiter stützte. Schaumjan und seine Genossen wurden daraufhin auf britischen Befehl von nationalistischen Kräften ermordet. Im Gegensatz dazu fiel die bürgerliche transkaukasische Republik, die zur gleichen Zeit gebildet wurde, schnell auseinander, weil armenische, aserbajdschanische und georgische Nationalisten gegeneinander vorgingen: Aserbajdschan wurde eine Marionette der Türkei, das menschevistische Georgien zuerst ein Vasall des deutschen und dann des britischen Imperialismus. Erst nachdem die Bolschewiki die Nationalisten und ihre imperialistischen Herren besiegt hatten, wurde die Basis dafür gelegt, daß diese auf dem gleichen Gebiet lebenden nationalen Gemeinschaften koexistieren konnten.

### Leninistischer Internationalismus gegen stalinistischen Nationalismus

Die bolschewistische Revolution hat das zaristische „Völkergefängnis“ – wie Lenin es genannt hat – in eine multinationale Föderation verwandelt. Nur das internationalistische Programm der Bolschewiki, das allen Völkern volle und gleiche nationale Rechte gewährte, um die *größtmögliche Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten zu erreichen*, machte dies möglich. Die bolschewistische Führung verkörperte diese Perspektive. Seite an Seite mit den Russen Lenin und Bucharin standen der Pole Dzierzinski, der Rumäne Rakowski, der Georgier Stalin, der Armenier Schaumjan, die Juden Swerdlow und Trotzki und andere.

Als sich aus dem Verwaltungsapparat des sowjetischen Staates und der bolschewistischen Partei eine bürokratische Kaste herausbildete und als diese Kaste 1923/24 die politische Macht an sich riß, wurde diese internationalistische Politik unterminiert und schließlich in ihr Gegenteil verkehrt. Durch seine Krankheit ans Bett gefesselt, drang Lenin 1923 auf einen massiven Angriff gegen den Vormarsch der Bürokratie unter der Führung von Stalin, besonders wegen dessen arroganter Behandlung der georgischen Kommunisten 1922. Der Kampf gegen die sich herausbildende stalinistische Bürokratie wurde weitergeführt durch die trotzkistische Linke Opposition.

Trotz der bürokratischen Degeneration des sowjetischen Regimes legten die von der Oktoberrevolution geschaffenen Grundlagen der Planwirtschaft die Basis für einen immensen Fortschritt für die Nationalitäten der Minderheiten, die unter dem zaristischen Imperium unterdrückt worden waren. Trotzki führt in *Verratene Revolution* (1936) zum Thema des weitergehenden Fortschrittes in der Nationalitätenpolitik aus: „Dies bezieht sich vor allem auf die zurückgebliebenen Völkerschaften der Union, die notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Periode der Übernahme, Nachahmung und Verarbeitung des woanders schon Vorhandenen durchmachen müssen.“ Die nomadischen Völker Sibiriens, die moslemischen Stammesverbände in Kasachstan und Usbekistan wurden innerhalb von Jahrzehnten um Jahrhunderte vorgebracht.

Wenn die zentralasiatischen Republiken weiterhin unter der Kontrolle von Stalinisten alter Schule stehen – die jetzt natürlich Turknationalismus verbreiten – und in Taschkent immer noch Lenin-Standbilder stehen, dann liegt dies daran, daß diese Völker mehr als alle anderen sowjetischen Nationalitäten von den Fortschritten profitiert haben, die die Sowjetmacht ihnen gebracht haben. Selbst jetzt noch ist bis zur Hälfte des Staatshaushalts der zentralasiatischen Republiken abhängig von Subventionen aus dem Zentrum. Und sie sind es auch, die am meisten



Camera Press



Thomas P. Whitney Collection



Nowosti



Nowosti

**Führer der bolschewistischen Revolution. Von links: Adolf Joffe, erster Botschafter in Deutschland; Leo Trotzki, Gründer der Roten Armee; Felix Dzierzhinski, Gründer der Tscheka; Stepan Schaumjan, Führer des Baku-Sowjet; Christian Rakowski, erster Präsident der Sowjet-Ukraine**

unter einem kapitalistischen Kampf jeder gegen jeden zu leiden haben werden.

Gleichzeitig haben Jelzin & Co. unter den Russen Widerwillen dagegen geschürt, daß der große Reichtum der sibirischen Bodenschätze zum Teil dazu verwendet wird, die rückständigeren turksprachigen Regionen zu entwickeln. Die jelzinistischen „freien Marktwirtschaftler“ – zum großen Teil die Kinder von Stalins Apparatschiks – haben vor, das Öl und die Ergasfelder Sibiriens, das Gold und die Diamantenminen an Wall Street und die Frankfurter Banken zu verkaufen, damit auch sie wie Yuppies im Westen leben können.

In der Tat war der unmittelbare Hintergrund für die jüngste Flut von nationalistischen Gegensätzen nicht der großrussische Chauvinismus des Zentrums. Perestroika war Wasser auf die Mühlen der weiter fortgeschrittenen Republiken wie im Baltikum und Armenien, die sich einen noch größeren Teil des Kuchens abschneiden wol-

len. Baltische Nationalisten träumen davon, daß sie durch die Abnabelung von Rußland und den rückständigeren Republiken und durch eine Prostitution vor der D-Mark wie die Skandinavier leben könnten. Sie sollten in Erwägung ziehen, was die D-Mark der ehemaligen DDR eingebracht hat – vier Millionen Arbeitslose, wirtschaftliche Verwüstung und den sozialen Zusammenbruch.

Wirkliche Leninisten treten ein für die vollständige Gleichheit aller Nationen und Nationalitäten in einer wirklich sozialistischen Föderation.

**Sowjetische Arbeiter: Kämpft gegen die kapitalistische Versklavung!**

Um den sowjetischen Staat niederzureißen und ein kapitalistisches Regime zu konsolidieren, wird mehr nötig sein als parlamentarische Dekrete. Während die Führungspositionen des Militärs, der Polizei und des Verwaltungs-

*Fortgesetzt auf Seite 16*

**Besiegt die Konterrevolution von Jelzin und Gorbatschow!**

**Der Lenin-Trotzki-Fonds braucht Dein Geld!**

Die Ressourcen der Internationalen Kommunistischen Liga sind bescheiden, unsere augenblicklichen Aufgaben riesig. Wir haben gerade die russische Übersetzung von „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“ mit einer Auflage von 70 000 gedruckt. Wir drucken jetzt gerade das erste russischsprachige *Spartacist Bulletin* „Was ist Trotzkiismus“ nach, von dem wir schon 25 000 in der ganzen Sowjetunion verkauft haben (siehe Abbildungen). Hunderte Exemplare wurden von Genossen und Anhängern der SpAD bereits in Deutschland an die sowjetischen Streitkräfte verkauft. Prosozialistische Arbeiter, Soldaten und Offiziere haben ein großes Interesse an trotzkistischer Literatur, aber die wirtschaftlichen Realitäten diktieren, daß wir unsere Publikationen massiv subventionieren müssen, damit sie noch bezahlbar bleiben. Druckkosten, Reisen und andere Ausgaben bedeuten, daß eine internationalistische Intervention in der Sowjetunion Geld kostet. Helft mit, den trotzkistischen Kern zu schmieden, der notwendig ist, um die sowjetischen Werktätigen im Kampf gegen die Konterrevolution zu führen.



**Spendet an SpAD, Fred Zierenberg, Stichwort „Lenin-Trotzki-Fonds“ (oder einfach „L-T-Fonds“), Konto-Nr. 2119 766 00, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 500 800 00.**

# Stalinismus: Totengräber der Oktoberrevolution

Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat Leo Trotzki davor gewarnt, daß der Stalinismus eine tödliche Gefahr für das Überleben der Sowjetunion ist. Nachdem die Bürokratie unter Führung Stalins die Macht von den sowjetischen Arbeitern usurpiert hatte, indem sie die Partei von Lenin und Trotzki ihres bolschewistischen Charakters beraubte, unterminierte sie auch weiterhin die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 und sabotierte weltweit die revolutionären Kämpfe. Während demoralisierte „Antistalinsten“ den ersten Arbeiterstaat einfach abschrieben, kämpfte Trotzki's Linke Opposition dafür, die Sowjetdemokratie und den bolschewistischen Internationalismus in der UdSSR wiederherzustellen. Wie im nachfolgenden Zitat, geschrieben nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland, betonte Trotzki immer wieder, daß die einzige Alternative zu einer Restauration des Kapitalismus eine proletarische politische Revolution ist, um die noch übrig gebliebenen Errungenschaften des Oktober durch einen Sturz der verräterischen Bürokratie zu verteidigen. Jetzt hat der totale Zusammenbruch des Stalinismus einer blutigen kapitalistischen Konterrevolution Tür und Tor geöffnet. Der Schlüssel für die Verteidigung der sowjetischen Werktätigen gegen den konterrevolutionären Angriff von Jelzin, Kohl und Bush ist die Schmiedung einer leninistisch-trozkistischen Partei.

Unter den Bedingungen der Übergangsepoche aber kommt dem politischen Überbau *entscheidende* Bedeutung zu. Eine entwickelte und stabile Diktatur des Proletariats impliziert, daß die Partei ihre Führungsrolle als selbsttätige Avantgarde erfüllt, daß sich das Proletariat mit Hilfe von Gewerkschaften zusammenschließt, daß die Arbeiter durch das Rätssystem unlösbar mit dem Staat verbunden sind und daß schließlich der Arbeiterstaat über die Internationale mit dem Weltproletariat zu einer kämpfenden Einheit verbunden ist. Doch die Bürokratie hat die Partei, die Gewerkschaften, die Sowjets und die Kommunistische Internationale erstickt...

Was steht eher bevor: der drohende Zusammenbruch der durch den Bürokratismus unterhöhlten So-

wjetmacht oder die Stunde der Vereinigung des Proletariats um eine neue Partei, die imstande ist, das Erbe des Oktobers zu retten? Auf diese Frage ist keine Antwort a priori möglich; der Kampf wird entscheiden. Erst ein großer historischer Test, vielleicht auch ein Krieg, wird über das Kräfteverhältnis Aufschluß geben. Auf jeden Fall ist klar, daß die Sowjetmacht, nur auf ihre inneren Kräfte gestützt, bei einem weiteren Niedergang der proletarischen Weltbewegung und bei weiterer Ausbreitung der faschistischen Herrschaft nicht lange bestehen kann. Grundbedingung einer radikalen Reform dieses Sowjetstaats ist der siegreiche Fortgang der *Weltrevolution*...

Jede politische Strömung, die die Sowjetunion unter dem Vorwand ihres „nichtproletarischen“ Charakters abschreibt, läuft Gefahr, zu einem passiven Werkzeug des Imperialismus zu werden. Auch nach unserer Auffassung ist natürlich die tragische Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der erste Arbeiterstaat, geschwächt durch die eigene Bürokratie, unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren Feinde zusammenbricht. Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.

Heute würde eine Erschütterung des bürokratischen Gleichgewichts in der UdSSR mit einiger Sicherheit den konterrevolutionären Kräften nützen. Bei Bestehen einer wirklich revolutionären Internationale aber würde die unvermeidliche Krise des Stalin-Regimes die Chance zu einer Erneuerung der UdSSR bieten. Das ist unser grundlegender Kurs...

Das Problem der Weltrevolution wie das Problem der Sowjetunion lassen sich auf ein und dieselbe kurze Formel bringen: *Vierte Internationale!*

– Leo Trotzki, „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“ (Oktober 1933)

## Zerbrechen der Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

apparats jetzt von Konterrevolutionären besetzt sind, wird die millionenstarke Basis des Staatsapparats nicht so einfach gesäubert werden können. Mehr noch, die zentrifugalen Tendenzen, die von den unterschiedlichen separatistischen Kräften geschürt werden, kollidieren stark mit der Tatsache, daß die Wirtschaftsstrukturen der Republiken stark miteinander verknüpft sind und auf einer von oben bis unten zentralisierten Wirtschaft basieren.

Das Gerede von einer Reorganisation der Wirtschaft ähnlich wie im europäischen Gemeinsamen Markt ist lächerlich. Die sowjetischen Republiken sind viel stärker voneinander abhängig als selbst Wales und England oder zwei beliebige Staaten in den USA. Neun von 15 Republiken exportieren mehr als 60 Prozent ihrer Produktion in den Rest der Sowjetunion, und praktisch jedes Industrieunternehmen ist bei Zulieferungen und Ersatzteilen auf andere Republiken angewiesen. Ein westlicher Ökonom warnt: „Der Prozeß der Etablierung einer effizienten blü-

henden Marktwirtschaft in der UdSSR wird nicht Jahre, sondern Jahrzehnte dauern.“

Selbst wenn man diese illusorische Perspektive akzeptiert, würde dies bedeuten, daß den Werktätigen Jahre bitterer Armut bevorstehen und ihr Lebensstandard auf das Niveau des Zarismus zurückgeworfen wird. Und die sowjetischen Möchtegernkapitalisten machen sich sogar Sorgen darüber, daß sie nicht einmal den kommenden Winter überleben werden, wenn es ihnen nicht gelingt, Lebensmittel auf den Tisch der Arbeiter zu bringen.

Die Arbeiterklasse muß ihre Stimme noch erheben. Aber es gibt bereits unmißverständliche Anzeichen für eine Unzufriedenheit mit der „neuen Ordnung“. Zehntausende sind zu Lenins Mausoleum gekommen und standen in einer Schlange, die über einen Kilometer lang war. Und anders als die selbstgefälligen Yuppies und die wohlbehüteten Kinder der Bürokratie, die sich um Jelzin geschart haben, sind diejenigen, die zusammenkommen, um dem Gründer des sowjetischen Staates ihren Respekt zu erweisen, vorwiegend Werktätige.

Die sowjetischen Arbeiter finden keinen Gefallen an

# Sowjetischer Abzug heißt freie Bahn für US-Angriff Verteidigt Kuba!

Um von Washington finanziell Unterstützung für die Konterrevolution in der Sowjetunion zu erbetteln, will Gorbatschow dem US-Imperialismus Kuba in den Rachen werfen. Als er in den USA den Abzug der sowjetischen Truppen aus Kuba ankündigte, führte die Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, am 13. September eine Demonstration vor der kubanischen UN-Botschaft in New York unter der Losung „Verteidigt Kuba!“ durch, und nannte den angekündigten sowjetischen Abzug aus Kuba einen „Verrat“ und eine „Vorbereitung für einen US-Angriff“.



Workers Vanguard

Spartacist-Sprecherin Marjorie Stamborg sagte: „Die fortschreitende Konterrevolution in der Sowjetunion gefährdet nicht nur jede Errungenschaft der sowjetischen Werktätigen. Sie hat auch die unersättlichen, weltweiten Appetite der US-Imperialisten gestärkt. Jetzt haben Gorbatschow und Jelzin dem US-Imperialismus grünes Licht gegeben, die kubanische Bevölkerung in Blut zu ertränken.“

Seit 31 Jahren versucht Washington, die Kubanische Revolution zunichte zu machen – mittels Invasion, Anschlägen und einer jahrzehntelangen Wirtschaftsblockade. Der US-Imperialismus ist nach dem Gemetzel an der

irakischen Bevölkerung darauf aus, Kuba seine „Neue Weltordnung“ aufzuzwingen.

„Wir zählen auf Klassenkampf in den USA und auf der Welt, um Kuba gegen den Yankee-Imperialismus und die Konterrevolution zu verteidigen“, sagten die Demonstranten. Zu den Parolen gehörten: „US-Weltbullen, Hände weg von Kuba!“, „USA raus aus Guantánamo! Unabhängigkeit für Puerto Rico!“, „Kuba in Gefahr – höchste Zeit für Arbeiterdemokratie“, „Stalins ‚Sozialismus in einem Land‘ unterminiert die Verteidigung aller Arbeiterstaaten“, „Für sozialistische Revolution in Nord- und Südamerika!“ ■

der Aussicht, daß ihre Städte und selbst ihre unmittelbaren Familien von nationalistischem Brudermord auseinandergerissen werden. Schon jetzt haben sie genug von den weit verbreiteten Schwarzmarktgeschäften und der grotesken Habgier, die durch die ersten kapitalistischen Maßnahmen der letzten fünf Jahre um sich gegriffen haben. Und diejenigen, die immer noch betäubt sind von den Sirenenklängen über Videorecorder und Stereoanlagen, die ein voll entfalteter Kapitalismus für alle bringen soll, werden bald schon böse erwachen.

Wie ein besorgter Eduard Schewardnadse feststellte: „Wenn die Menschen auf die Straße gehen, ist es unmöglich, vorherzusagen, welchen Parolen sie folgen werden und wer diese Bewegung führen wird.“ Auf seine eigene konterrevolutionäre Art und Weise versteht er, daß sich das Schicksal der Sowjetunion über die Frage entscheiden wird, wer die Werktätigen führen wird und unter welchem Programm.

Der sowjetische Stalinismus ist tot. Trotz der imperialistischen und stalinistischen Lügen, daß der Stalinismus mit dem Kommunismus identisch gewesen sei, gibt es ein Gefühl unter den sowjetischen Werktätigen, daß dies nicht der Fall ist. Eine Frau, die vor Lenins Mausoleum wartete, sagte: „Er versuchte für unser Land Gutes zu tun, aber über die Jahre sind seine Ideen verzerrt worden.“

Um die konterrevolutionäre Welle umzukehren, die das Heimatland des Oktober überschwemmt, ist es entscheidend, daß die fortgeschrittensten Elemente der sowjetischen Arbeiterklasse das unverzerrte Programm des Leninismus wiederentdecken und alle Kräfte, die zum

internationalistischen Weg der Oktoberrevolution zurückkehren wollen, in eine trotzkistische Partei umzugruppieren. Das ist die Aufgabe der Stunde.

Nach Workers Vanguard Nr. 534, 13. September

## Spartakist-Treffpunkte

<b>Berlin</b>	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz
<b>Halle</b>	Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr Comcenter, Raum 30, Leninallee 70 Halle 4020, Telefon: Halle 2 90 55

## KONTAKTADRESSEN

<b>Berlin</b>	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
<b>Halle</b>	SpAD, Comcenter, Raum 30 Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
<b>Hamburg</b>	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
<b>Leipzig</b>	M. Scharsig, Postlagernd, Leipzig 7022
<b>Rostock</b>	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

Januar 1990 in Treptow:  
größte antifaschistische  
Massenkundgebung zu Eh-  
ren der Roten Armee, die  
das Nazi-Regime zerschlug



Spartakist

## KZ-Gedenkstätte...

Fortsetzung von Seite 8

blem nicht darin, daß zu viele Nazis interniert wurden, sondern daß sie im Westen alle wieder ihre alten Funktionen zurückerhielten. In der SBZ/DDR wurden dagegen von August 1945 an 520 000 Nazis aus dem Staatsapparat, der Justiz und der Industrie entfernt. Vier Fünftel der 2500 Richter und Staatsanwälte wurden entlassen. Hinter dem Aufschrei über das Schicksal der „kleinen Nazis“ liegt der Haß der deutschen Bourgeoisie auf die Tatsache, daß die Massenverhaftungen in Ostdeutschland ein Teil der Politik waren, die den gesamten Naziapparat *zerschlagen* hat.

Die bürgerliche Presse hat von sowjetischen „Todeslagern“ gesprochen und Horrorzahlen in Umlauf gebracht, um den Völkermord der Nazis zu amnestieren. Mit den absurdesten Lügen soll die angebliche „Kontinuität“ mit den KZs bewiesen werden. In einem Fall behauptete eine Frau im Fernsehen, sie sei 1950 Augenzeugin von Massenerschießungen in den Wäldern von Oranienburg gewesen – als das sowjetische Lager gar nicht mehr existierte! In Wirklichkeit sind, wie eine Denkschrift des sowjetischen Innenministeriums im Juli 1990 dargelegt hat, zwischen 1945 und 1950 insgesamt 122 671 Deutsche in elf sowjetischen Lagern in Deutschland interniert worden. Rund 42 900 davon sind an Hunger und Krankheiten gestorben, die meisten in den ersten zwei Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine allgemeine schreckliche Hungersnot herrschte. 45 262 Personen wurden wieder freigelassen, 12 770 Gefangene wurden in die UdSSR gebracht und über 6000 in Kriegsgefangenenlager überführt. Nur 756 Personen wurden durch Militärgerichte zum Tode verurteilt, also 0,6 Prozent der Häftlinge.

Nur wenige von den Nazis, die „hohe Tiere“ gewesen waren, endeten in sowjetischem Gewahrsam. Beinahe ohne Ausnahme waren sie nach Westen geflohen, wo sie von den Imperialisten mit offenen Armen empfangen wurden. Die Sowjets brachten die übelsten Naziverbrecher in Zwangsarbeitslager in der UdSSR – zum großen Unwillen der kommunistischen Gefangenen Stalins, die Einspruch erhoben, mit solchem Abschaum zusammengeworfen zu werden. Stalins Nachfolger händigten Adenauer 1954 die Nazis für ein paar DM wieder aus, worauf die alten SSler ihre früheren Posten in der neuen Bundesrepublik wieder einnahmen.

Während in der sowjetischen Besatzungszone der bürgerliche Staatsapparat dem Erdboden gleichgemacht und der Nazidreck ausgeräumt wurde, blieb in den Westzonen

die bürgerliche Ordnung intakt. Mit dem Aufflackern des Kalten Kriegs wurde aus der „Entnazifizierung“ die *Rena-zifizierung*. Die Industriemagnaten behielten ihre Millionen, die sie den Zwangsarbeitern abgepreßt hatten, die Richter saßen Gericht über ihresgleichen. Die Barbies wurden wieder in die imperialistischen Spionagedienste integriert; aus Gehlens antisowjetischer Nazi-Truppe „Fremde Heere Ost“ wurde der Bundesnachrichtendienst. (Und heute betreibt der frühere BND-Boss und jetzige Justizminister Klaus Kinkel eine Hetzjagd auf den kommunistischen, prosowjetischen und jüdischen DDR-Spionagechef Markus Wolf.)

Die wenigen Prozesse gegen Nazi-Mörder waren eine Farce, wo die *Opfer* erneut der Verhöhnung durch Nazi-Anwälte preisgegeben wurden. So auch beim Prozeß gegen den SS-Oberscharführer Schwammberger, der in Konzentrationslagern in Polen Tausende von Juden und anderen Häftlingen ermordet hat. Schon im Juli 1945 war Schwammberger in Innsbruck verhaftet worden; er trug einen Sack mit Goldzähnen bei sich. Mit Hilfe der katholischen Kirche flüchtete er nach Argentinien, wo ihn die BRD-Botschaft mit einem gültigen Reisepaß unter seinem richtigen Namen versorgte. Jetzt wird der 79jährige Schlächter, wie seine Opfer in Rozwadow ihn nannten, vom Gericht fürsorglich mit Samthandschuhen angefaßt. Gleichzeitig wurde der Nazi-Mörder Michael Scheftner, der im Mai 1942 in der Ukraine 30 Cinti und Roma ermordet hat, am 26. September im Schnellverfahren freigesprochen.

Hier nun die Beschreibung der Verhältnisse in einem *wirklichen* „Todeslager“, d. h. einem Vernichtungslager, aus dem Mund von Rudolph Höss, dem Lagerkommandanten von Auschwitz von 1940 bis 1943:

„Darum benutzte ich in Auschwitz Zyklon B, eine kristallisierte Blausäure, die in die Todeskammer eingeführt wurde. Je nach der Witterung waren drei bis fünfzehn Minuten notwendig, um die Leute zu töten. Wenn ihr Schreien aufhörte, wußten wir, daß sie tot waren. Wir warteten gewöhnlich etwa eine halbe Stunde, ehe wir die Türen öffneten und die Leichen herausholten. Nachdem die Leichen herausgeholt waren, nahmen unsere Spezialkommandos ihnen die Ringe ab und rissen ihnen das Gold aus den Zähnen.“ (zitiert in Alan Bullock, *Hitler – Eine Studie über Tyrannei*)

Dann gab es noch die „normalen“ Lager, die die Nazis seit 1933 errichtet hatten, wie Sachsenhausen oder Buchenwald. Hier sind Millionen als Sklavenarbeiter eines langsameren Todes gestorben (und ihre Todesrate war in den Fabriken von Krupp und Flick sogar noch höher als

in den Lagern selbst!). Mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden umgebracht. In *einer einzigen Woche* im September 1941 allein sind 18 000 sowjetische Gefangene in Sachsenhausen durch die Nazis umgebracht worden, durch Verhungern oder durch Erschießen.

Wie Göring blutrünstig an Mussolinis Außenminister Ciano berichtete: „In den Gefangenenlagern haben die Russen angefangen, sich gegenseitig aufzufressen. In diesem Jahr werden in Rußland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern. Und vielleicht ist das gut so, denn gewisse Völker müssen dezimiert werden“ (zitiert in Alan Bullock).

Göring hat damit nur die Völkermordpläne der Nazis durchblicken lassen. Noch ehe das Unternehmen Barbarossa eingeleitet wurde, hatte der berüchtigte „Kommissarbefehl“ die Massenliquidation aller sowjetischen Offiziere angeordnet. Als die Wehrmacht im Juli 1941 schließlich die Festung Brest einnahm, mähnten sie im Lazarett die Ärzte genauso wie die Patienten nieder. Als lokale Gemeindevertreter in der Ukraine nach medizinischer Hilfe riefen, schickte die SS Erschießungskommandos. Die ganze Welt kennt das Schicksal der Orte Oradour in Frankreich und Lidice in der Tschechoslowakei, die von den Nazis aus „Vergeltung“ dem Erdboden gleichgemacht wurden. Die Oradours und Lidices in der UdSSR gehen in die Tausende.

### Keine Tränen für die „kleinen“ Nazis

Trotzdem spielen die Artikel über die sowjetischen Lager den Punkt hoch, daß so viele „kleine“ Nazi-Fische im Netz hängengeblieben seien! So druckte die SPD-nahe *Berliner Zeitung* das neu erschienene Buch der ehemaligen *Morgen*-Journalisten Flocken/Klonovsky, „Stalins Lager in Deutschland 1945–1950“, als Serie. Ein Lagerinsasse nach dem anderen beteuert seine Unschuld; sie waren „nur“ einfache Nazis, „Werwölfe“ oder Mitglieder des Volkssturms, des letzten Aufgebots der Hitler-Faschisten. Das ist immer das Standardalibi der Bourgeoisie: nur die Totenkopf-SSler (aber nicht die Waffen-SS, die Wehrmacht, Krupp, I.G. Farben, die Justiz, die einflußreichen Ärzte und so weiter *bis zum Erbrechen*) trugen die Schuld an den bestialischen Verbrechen des Dritten Reichs. Nach 1945 hat jeder Nazi-Massenmörder versucht, als „Mitläufer“ davonzukommen oder einen „Persilschein“ zu erhalten. Alle haben nur „Befehle ausgeführt“, und alle haben „nichts gewußt“. Wie der gängige Witz über den österreichischen Bundespräsidenten und Nazi-Kriegsverbrecher Waldheim lautet: „Nur mein Pferd war in der SS“.

Bei all dem Gerede über die unschuldigen Opfer einer sowjetischen Säuberung ist es auffällig, daß die Organisationen, die behaupten, die „Opfer des Stalinismus“ zu vertreten, die Rehabilitierung dieser „Opfer“ *en bloc* verlangen. Besonders ekelhaft ist das Vorwort von Flocken/Klonovsky, in dem sie über die Gefangenen herziehen, die als „Denunzianten“ dem NKWD über die Nazis in den Lagern berichteten: „Die Sowjets spielten so die Deutschen gegeneinander aus.“

In der Tat erinnern die Tränen, die wegen der Haftbedingungen in den sowjetischen Lagern vergossen werden, stark an die von den Faschisten inspirierte Kampagne für die Freilassung von Rudolf Hess aus dem Spandauer Gefängnis mit dem Argument, daß ein armer alter kranker Mensch aus purer Rachsucht der Sowjetunion eingekerkert war. Der *Telegraph* der Umweltbibliothek (12. Mai 1990) beschrieb, wie der „Bund stalinistisch Verfolgter“ unter der Führung der ehemaligen Führer der dortigen Hitlerjugend und des Bunds Deutscher Mädel eine Zeremonie auf dem Gelände des Lagers in Fürstenberg abgehalten hat.

Sicher waren die Methoden der stalinistischen Bürokratie auch von Brutalität, Willkür und Paranoia geprägt. Einige von denen, die verhaftet wurden, waren die unpolitischen Opfer von Denunzianten, denen es um Rache oder persönliche Vorteile ging. Wie gleich zu Beginn der Kampagne ein Artikel in *Neues Deutschland* (24./25. März 1990) betonte, gab es auch loyale Kader der SED, die wegen realer oder imaginärer Abweichungen verhaftet wurden. Es liegt der PDS natürlich völlig fern, etwas gegen die antisowjetische Hysterie zu sagen; vielmehr schließt sie sich ihr an und ist in erster Linie daran interessiert, ihre „Opferrolle“ im Stalinismus herauszustreichen.

Im wesentlichen hatte aber die Verfolgung politischer Opponenten nichts mit den Internierungslagern zu tun, die für Nazis errichtet wurden. Besonders in den Jahren 1948/49 wurden bei einer Verhaftungswelle einige Sozialdemokraten und Dissidenten eingesperrt, die sich der Vereinigung mit der KPD widersetzt hatten. Einige der Inhaftierten waren linke Kritiker des Stalinismus, wie der Trotzkiist Oskar Hippe. Er wurde verhaftet und nach Bautzen gebracht trotz – oder eher wegen – der Tatsache, daß er den deformierten ostdeutschen Arbeiterstaat mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution verteidigt hatte.

Aber bei weitem nicht alle, die als imperialistische Spione verhaftet wurden – darunter auch einige Sozialdemokraten –, waren unschuldig. Das Ostbüro der SPD arbeitete Hand in Hand mit der Spionageorganisation des Nazis Gehlen im Interesse einer kapitalistischen Rückeroberung der DDR. Während die SPD den „stalinistischen Terror“ im Osten verdammt, wurde im Rahmen einer Hexenjagd im Kalten Krieg nicht nur die KPD verboten, sondern auch die VVN, die Organisation der Opfer der Naziverfolgung.

In Westdeutschland selber wurden die Lager weiterbenutzt für „Displaced Persons“ aus ganz Europa, einschließlich jüdischer Flüchtlinge, die keine der westlichen „Demokratien“ als Einwanderer akzeptieren wollte. In einem Fall wurden überlebende Roma und Cinti nach ihrer Rückkehr nach Köln 1945 ins gleiche Lager gesteckt, aus dem sie ursprünglich von den Nazis deportiert worden waren. Das letzte Lager für „DPs“ ist erst 1957 geschlossen worden. Heute schreien Engholm/Lafontaine nach Sammellagern für Asylsuchende, in der rassistischen Tradition des Dritten Reichs.

### Die Politik des Aushungerns

Am Ende des Zweiten Weltkriegs litt der größte Teil Europas und besonders Mittel- und Osteuropa an Hunger, Tuberkulose und Typhus. So stieg z.B. die Kindersterblichkeit in Berlin und Budapest 1945 auf das Doppelte an. Und 1946 wurde alles noch verschlimmert durch eine Dürre in der UdSSR. Die Sowjets hätten ihre Gefangenen nicht sehr viel besser behandeln können; die imperialistischen Westmächte *wollten es nicht*.

Nach 1945 hat der US-Imperialismus buchstäblich, in Anlehnung an eine Formulierung von Trotzki, „Europa auf Ration gesetzt“, ganze Völker erpreßt, damit sie die kapitalistische Ordnung akzeptieren. Der Kanadier James Bacque weist in seinem Buch *Other Losses* (Der geplante Tod) nach, daß die USA und das britische Commonwealth verfügbare Lebensmittelreserven hätten mobilisieren können, um die Ernährung sicherzustellen, dies aber nicht taten. (Mit einer Tagesration von 4200 Kalorien war der amerikanische GI das am besten ernährte menschliche Wesen im Nachkriegseuropa.)

Der Hunger und die Krankheiten, die in den westlichen Besatzungszonen wüteten, waren (wie der Morgen-

*Fortgesetzt auf Seite 20*

## KZ-Gedenkstätte...

Fortsetzung von Seite 19

thau-Plan zuvor) eine bewußte Politik der US-Imperialisten. Im Frühjahr 1947 gab es Massendemonstrationen und Streiks von Hunderttausenden von Arbeitern im Ruhrgebiet, die die Enteignung der Schwerindustrie und öffentliche Kontrollausschüsse für die Lebensmittelversorgung forderten. Die protestierenden Arbeiter wurden nicht nur individuell mit der Todesstrafe bedroht, sondern der US-Militärgouverneur Newman erklärte den Streikenden, wer nicht arbeite, bekäme nichts zu essen – eine Drohung, die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebiets auszuhungern! Wie bei den massiven Bombardierungen der deutschen Städte war es das Ziel, den Willen des deutschen Proletariats zu brechen, um damit nach Hitlers Niederlage einer Wiederholung des revolutionären Aufschwungs von 1918/19 einen Riegel vorzuschieben.

### „Antistalinismus“ im Dienst des Vierten Reichs

Bei der Orgie von antisowjetischer Hysterie sind SPD/Grüne und ihnen nahestehende Publikationen wie die *taz* und auch *Der Spiegel* vorneweg bei den Lügen über die sowjetischen Lager, weil sie an der Spitze der antikommunistischen Hexenjagd in der DDR stehen. Es war kein Zufall, daß die Hetzkampagne über die sowjetischen Lager kurz nach der Treptower Massendemonstration am 3. Januar 1990 begann, als 250 000 Menschen gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die sowjetischen Gefallenen protestierten. Wir Trotzkiisten sind stolz darauf, diesen Einheitsfrontprotest initiiert zu haben, der zeigte, welche große Bedeutung der Sieg der Roten Armee über den Faschismus für die Werktätigen in der DDR hatte.

Doch mit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist die antisowjetische Hetze zur „Propaganda der Tat“ übergegangen: Es gibt regelmäßig Berichte über Skinhead-Überfälle auf sowjetische Offiziere und Soldaten, mehrere Soldaten wurden ermordet aufgefunden, in Wittstock wurde ein Wachposten auf offener Straße erschossen. Im Moment scheinen diese Angriffe etwas nachzulassen, was gut damit

zu tun haben kann, daß sich im August eine sowjetische Militärstreife in Neuruppin erfolgreich gegen eine Bande von Skinheads zur Wehr setzte; zwei wurden ins Krankenhaus eingeliefert, ein weiterer ambulant behandelt.

Aber der Terror von Skinhead/Nazi-Banden in Deutschland hat mit dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda eine neue Qualität erreicht. Mit der Wiedereinführung des Kapitalismus in der ehemaligen DDR kommt – genau wie in Osteuropa – „die ganze alte Scheiße“, wie Marx es genannt hat, wieder hoch. Das Vierte Reich wittert Morgenluft, wenn in Litauen und Kroatien Nazi-Kriegsverbrecher rehabilitiert werden. Im Moment setzt die deutsche Bourgeoisie bei ihrem Drang nach Osten auf DM und Winterhilfe an die Sowjetunion, um die Konterrevolution voranzutreiben. Doch die sowjetischen Arbeiter haben die „Schocktherapie“ der Imperialisten noch nicht geschluckt, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Ende September versammelten sich am Jahrestag von Babi Jar über 10 000 Menschen in Kiew, um der Opfer des Nazi-Massakers zu gedenken. Worauf es jetzt ankommt – in der Sowjetunion genau wie in Deutschland –, ist die Schmiedung einer revolutionären trotzkistischen Partei, die die Arbeiterklasse gegen Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert und im Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe vereint.

Wie die Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds feststellt, die von Kadern und Sympathisanten der trotzkistischen Bewegung eine Woche nach ihrer Befreiung im April 1945 verfaßt wurde: „Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen.“ Die internationale Arbeiterklasse wird die Verbrechen von Auschwitz rächen! ■

## „Linke“ klatscht Beifall...

Fortsetzung von Seite 6

nischer Bestandteil von Jelzins „demokratischer“ Konterrevolution. Und da dieser „Widerstand“ von jenem prokapitalistischen nationalistischen Demagogen angeführt worden ist, gibt Arbeitermacht zynischerweise zu: Jelzins „pro-kapitalistische Politik bedeutet Massenarbeitslosigkeit und Zerstörung der Sozialleistungen für Dutzende Millionen ArbeiterInnen. Er möchte 120 Millionen sowjetische ArbeiterInnen der ungezügelten imperialistischen Ausbeutung preisgeben.“

Kurz: Besser, die Werktätigen werden der kapitalistischen Ausbeutung, dem Hunger und der Obdachlosigkeit, der brutalen Frauenunterdrückung, großrussischen und antisemitischen Pogromen ausgesetzt, als daß der stalinistische degenerierte Arbeiterstaat auch nur einen Tag länger überlebt. Natürlich sind die „proletarischen Kräfte“, die sie meinen, diejenigen, die unter Führung der prokapitalistischen „freien Gewerkschafter“ stehen. Sie sind bekannt für ihre Verbindungen zu Faschisten, wie im Fall des berüchtigten Jurij Butschenko, den Workers Power letztes Jahr in ganz Britannien herumfuhr.

Im eigenen Namen veröffentlichte Arbeitermacht ein Flugblatt mit dem Titel „Nieder mit dem Putsch!“ Darin verlangte sie (überflüssigerweise), die SPD – die Schlichter von Luxemburg und Liebknecht und die Architekten

der Ostpolitik des deutschen Imperialismus mit dem Ziel, die Sowjetunion zu unterminieren und zu zerschlagen – solle Demonstrationen organisieren, um die russische Konterrevolution zu unterstützen.

### Für eine Vierte Internationale, die Trotzki als seine eigene anerkennen würde!

Leon Trotzki starb – durch die Hand eines stalinistischen Mörders – als unnachgiebiger Verteidiger des sowjetischen Arbeiterstaates. Trotzki führte seinen letzten Kampf am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, als die Sowjetunion einer tödlichen Gefahr gegenüberstand: er bekämpfte in der damals noch trotzkistischen Socialist Workers Party in den USA die Opposition um Burnham/Shachtman, die die Verteidigung der Sowjetunion über Bord warfen. Im April 1940 schrieb Trotzki im „Brief an die Arbeiter der UdSSR“: „Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie neue Eroberungen machen.“ Sollte das Land des Oktober der konterrevolutionären Flut unterliegen, werden die Arbeiter der ganzen Welt noch lange mit ihrem Blut dafür bezahlen müssen. Noch nie war es so dringend: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows Konterrevolution! Für eine trotzkistische Partei in der Sowjetunion, aufgebaut im Kampf, eine Vierte Internationale zu schmieden, die Trotzki als seine eigene anerkennen würde! ■



Der Spiegel



Der Spiegel

1941: Kroatischer Ustascha-Führer Pavelić mit Reichsminister Ribbentrop;  
Links: Belgrad. Protest vor deutscher Botschaft

## Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 24

des Krieges auf Bosnien würde kommunalistische Massaker in riesigem Ausmaß bedeuten. Ein slawischer Moslem prophezeit: „Was im Libanon in 15 Jahren geschehen ist, wird in Bosnien in 15 Tagen passieren.“

Unter dem massiven Druck des westlichen Imperialismus und durch die hohe Verschuldung bei Wall Street und Frankfurt ist die jugoslawische stalinistische Bürokratie entlang nationaler Trennlinien zersplittert und zerfallen. Nicht die Führung der Bundesarmee und noch viel weniger Slobodan Milosevic, der starke Mann Serbiens, kämpfen darum, Jugoslawien auf der Basis einer vergesellschafteten Wirtschaft zu erhalten. Die jugoslawische Bundesarmee – die letzte Bastion des Titoismus – droht in ein Instrument des großserbischen Nationalismus verwandelt zu werden. Während ein Slowene, Admiral Stane Brovet, immer noch stellvertretender Verteidigungsminister ist, sind nicht-serbische Offiziere aus den Führungspositionen gesäubert worden oder sie sind zurückgetreten. Von den Wehrpflichtigen sind viele Slowenen, Kroaten, Albaner und Makedonier desertiert.

Ein Wust von Verwirrung umgibt die augenblicklichen Ziele des jugoslawischen Militärs, besonders aus der Ferne betrachtet. Die imperialistische Presse stellt es so dar, als ob es vor habe, nach Zagreb einzumarschieren und dort gründlich aufzuräumen. In Wirklichkeit hat die Bundesarmee, wenn sie mit offen faschistischen kroatischen Kräften konfrontiert war, so reagiert, daß sie sich mit serbischen Faschisten verbündete und über die serbischen Enklaven in Kroatien die Kontrolle zu gewinnen versuchte. In der Tat gibt es in diesem schmutzigen Krieg, der Jugoslawien zerreißt, auf keiner Seite irgendeinen Ansatz zur Mobilisierung auf einer proletarischen Klassenbasis. Doch genau dies ist jetzt dringender denn je notwendig.

Der Krieg vertieft in großem Maße nationalistischen Haß und stärkt die reaktionären Kräfte auf allen Seiten. Klassenbewußte Arbeiter in ganz Jugoslawien müssen die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus bekämpfen. Ihr Ziel muß es sein, sowohl das faschistoide Regime von Franjo Tudjman in Kroatien als auch das großserbisch-

chauvinistische Regime von Slobodan Milosevic zu stürzen. Offiziere und Soldaten in der Bundesarmee, die für den Sozialismus eintreten wollen, müssen sich sowohl dem Feldzug für ein Großserbien entgegenstellen als auch denjenigen, die Jugoslawien und seine Einzelrepubliken in Neokolonien der (von Deutschland dominierten) EG umwandeln wollen. Nur der Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kann Jugoslawien davor retten, wieder einmal die Arena von nationalistischem Völkermord und imperialistischer Unterjochung zu werden.

### Die Erben der kroatischen Ustaschi und der serbischen Tschetniks

Letztes Jahr haben antikommunistische Nationalisten die politische Macht in Slowenien und Kroatien erobert, den beiden nördlichsten und wohlhabenderen Republiken. Die geschwächten stalinistischen Bürokratien in diesen Republiken lösten sich vollständig auf, wobei die meisten Überreste zu den neuen Regimen überliefen, die offen für eine Restauration des Kapitalismus und eine Abspaltung eintreten. Kroatiens neuer Präsident, Franjo Tudjman, ist ein ehemaliger General der jugoslawischen Armee und ein Geschichtspräsident, der berühmt-berüchtigt dafür wurde, daß er das klerikal-faschistische Ustascha-Regime der Kriegszeit verteidigte, das unter deutschem Schutz Hunderttausende Serben, Juden und Roma massakriert hat. Vor kurzem empfing er in Zagreb eine Delegation der Republikaner-Nazis. Tudjman ist berüchtigt für seinen Chauvinismus mit Sprüchen wie: „Gott sei Dank ist meine Frau weder eine Serbin noch eine Jüdin.“ Eine der ersten Maßnahmen seiner Regierung war es, den Platz für die Opfer des Faschismus in Zagreb umzubenennen in den Platz der Kroatischen Giganten! Auch die neue Regierung von Slowenien hat alle amnestiert, die während des Krieges Kollaborateure der Nazis und der italienischen Faschisten waren.

Es gibt 600 000 Serben, die in Ost- und Südkroatien leben – rund zwölf Prozent der Bevölkerung dieser Republik. Diese Regionen liegen im Gebiet der alten kroatischen Militärgrenze, die ursprünglich im 15. Jahrhundert

Fortgesetzt auf Seite 22

## Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 21

von Serben bevölkert war, die weiter Widerstand leisteten, als das mittelalterliche Königreich Serbien von den osmanischen Türken überrannt wurde. Die serbische Bevölkerungsgruppe in Kroatien hat allen Grund, sich unter dem neuen nationalistischen Regime in Zagreb sogar um ihr bloßes Überleben Sorgen zu machen. Die völkermörderischen Massaker der Ustaschi sind in diesen Gebieten in lebendiger Erinnerung. Die Ustascha-Faschisten – deren Greuelthaten selbst deutsche Wehrmachtsoffiziere entsetzten – sammelten die Augen ihrer Opfer und schnitten schwangeren serbischen Frauen das Kind aus dem Leib.

Gerade aus den von Serben bevölkerten Dörfern Kroatiens sowie aus dem ethnisch serbischen Montenegro rekrutierten die kommunistischen Partisanen unter Marschall Josip Broz Tito viele ihrer Kämpfer. Die Partisanen, deren führende Kader aus allen Völkern Jugoslawiens rekrutiert wurden (Titos Vater war Kroat und seine Mutter Slowenin), bekämpften die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus auf allen Seiten. Sie kämpften nicht nur gegen die deutsche Besatzungsarmee und ihre Ustascha-Marionetten, sondern auch gegen die serbischen monarchistischen Guerillas – die Tschetniks –, die häufig mit den italienischen faschistischen Besatzern gegen die Kommunisten kollaborierten. Heute jedoch werden die serbischen Milizen in Kroatien beherrscht vom nationalistischen starken Mann Milosevic und nennen sich bezeichnenderweise Tschetniks:

„Herr Milosevic bevorzugt es, die Operationen der ‚Tschetnik‘-Kräfte zu unterstützen, die von Vojislav Seselj kontrolliert werden, der als ‚der Herzog‘ bekannt ist. Trotz seiner ultrarechten Ansichten wird ‚der Herzog‘ weithin verdächtigt, ein Agent der von Kommunisten geführten Geheimpolizei Serbiens zu sein. Neulich gewann er in Belgrad die Nachwahlen nach einer Kampagne, in der er unter anderem versprach, ‚den Kroaten mit einem rostigen Messer die Kehle durchzuschneiden‘. (Independent [London], 7. August)

„Der Herzog“ Seselj hat natürlich seine Pendants in der kroatischen Nationalgarde, von denen viele meinen, sie führten einen heiligen Krieg gegen die Ketzer der griechisch-orthodoxen Kirche. Ein Franziskanermönch erklärte in einer Kommandozentrale der Nationalgarde in Sinj: „300 Jahre lang haben die Franziskaner Kroatien im Kampf für das Christentum geführt, denn wenn sich Kroatien verteidigt, verteidigt es auch den Westen und das Christentum.“ *Le Monde* (13. September) berichtet, daß das kroatische Innenministerium deutsche und französische Söldner für eine „Schwarze Legion“ rekrutiert. Mitglieder dieser „Anti-Terror“-Einheit prahlen offen, daß sie Neo-Nazis sind – „nationalsozialistisch und stolz darauf“ –, und haben in ihrem Hauptquartier das Porträt des Ustascha-Führers Ante Pavelic aufgehängt, der wegen seiner Kriegsverbrechen hingerichtet wurde. „Man denkt, die Ustaschi sind wieder da, wenn man uns sieht“, sagte einer der Faschisten in schwarzer Montur.

Voller Herablassung beschreiben die westlichen Medien jetzt die Völker des Balkans, wie die Serben und Kroaten, als halb-barbarische Stämme, die in einer uralten Blutfehde verstrickt seien. Doch Serben und Kroaten lebten vier-einhalb Jahrzehnte freundschaftlich zusammen. Heiraten zwischen diesen beiden südslawischen Völkern kamen häufiger vor als zwischen Schwarzen und Weißen in den USA oder zwischen Europäern und nordafrikanischen Arabern in Frankreich. Und in den Ortschaften und Städten der Regionen, in denen beide Völker vermischt leben, wie in Krajina und Slawonien, gibt es nicht nur aufgehetzte der

kroatische und serbische Nationalisten, sondern auch viele Menschen, die zutiefst gegen den nationalistischen Brudermord sind, der ihre Gemeinden und Familien zerreißt.

Serben und Kroaten sind jedoch nicht aus heiterem Himmel von tiefgehendem nationalistischen Haß infiziert worden wie von einer rätselhaften Epidemie. Was jetzt in Jugoslawien und im übrigen Osteuropa geschieht, ist das Endergebnis von vier Jahrzehnten Herrschaft der stalinistischen Bürokratie und ihres endgültigen Zusammenbruchs. Titos Partisanen kämpften zwar gegen brudermörderischen Nationalismus, doch seine Politik von „Marktsozialismus“ und betrieblicher „Selbstverwaltung“ hat die wirtschaftlichen Unterschiede vergrößert und dadurch die politischen Spannungen zwischen den weiter entwickelten Republiken Slowenien und Kroatien und den ärmeren südlichen Regionen verstärkt. Inzwischen hat sich Jugoslawien in den letzten Jahrzehnten immer mehr bei den imperialistischen Banken verschuldet.

Auf Befehl des westlichen Finanzkapitals hat vor zwei Jahren die Bundesregierung von Ministerpräsident Ante Markovic ein drastisches Austeritätsprogramm über die Werktätigen in ganz Jugoslawien verhängt. Letzten April traten 750 000 serbische Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik gegen ihre unhaltbare wirtschaftliche Lage. Ein kenntnisreicher Artikel über Milosevic im *New York Times Magazine* (1. September) bemerkte: „Man kann auch nicht ausschließen, daß es in Serbien soziale Unruhen gibt, wo Zehntausende Arbeiter seit Monaten keinen Lohn bekommen haben und wo die Arbeitslosigkeit ansteigt.“ Um den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen des imperialistischen Schuldendienstes abzuwenden und in eine andere Richtung zu lenken, schüren sowohl Milosevic als auch Tudjman den nationalistischen Haß und den Krieg zwischen den Bevölkerungsgruppen.

### Milosevic' Kampagne für ein Großserbien

Die westlichen bürgerlichen Medien beschreiben Milosevic' Serbien häufig fälschlicherweise als das letzte „kommunistische Regime alter Prägung“ in Osteuropa. Als ehemaliger Chef der Belgrader Zentralbank hat Milosevic den jugoslawischen Dinar an die Deutsche Mark angekopfelt. Jetzt fordert er eine „Marktwirtschaft“ mit „einem völlig freien Fluß von Arbeitskräften, Gütern und Kapital“ (*Review of International Affairs*, 20. Juni). Dieses Wirtschaftsprogramm läßt sich nicht unterscheiden von dem des Ministerpräsidenten des Bundes, Markovic. Dieser Liebling von Wall Street und Frankfurt tritt ebenfalls dafür ein, „Marktmechanismen zu entwickeln und die Bedingungen zu schaffen für den freien Fluß von Gütern, Kapital, Arbeitskräften und Know-how.“

Der Unterschied zwischen Markovic und Milosevic ist nicht, daß jener in Jugoslawien den Kapitalismus einführen will, während dieser den „Sozialismus“ erhalten will. Der Bundesministerpräsident, der praktisch keine reale Macht hat, würde gern Jugoslawien als Ganzes in eine Neokolonie der EG verwandeln. Belgrads starker Mann, Sohn eines serbischen orthodoxen Priesters, will auf den Ruinen des jugoslawischen Bundesstaates, den Titos kommunistische Partisanen geschaffen hatten, ein Großserbien schmieden. Serbiens Außenminister Vladimir Yovanovic beklagt sich darüber, daß die Grenzen der jugoslawischen Republiken „nach dem Zweiten Weltkrieg durch die damals herrschenden Kommunisten willkürlich gezogen wurden“ (*New York Times*, 31. August).

Milosevic' Kampagne zur Schaffung eines Großserbien begann vor ein paar Jahren mit der Unterwerfung der autonomen Region Kosovo, in der 90 Prozent der Bevölkerung Albaner sind. Die Kommunistische Partei des Kosovo wurde aufgelöst, und der Widerstand der Bevölke-

zung gegen die serbische Vorherrschaft wurde brutal unterdrückt. Das Milosevic-Regime setzte auch die autonome Region Vojvodina mit ihrer großen ungarischen Minderheit so unter Druck, daß sie sich den serbischen Behörden unterwarf. Milosevic hat jetzt der Abspaltung von Slowenien (wo es keine serbische Minderheit gibt) zugestimmt und will ein unabhängiges Kroatien akzeptieren, wenn es die von Serben bewohnten Gebiete abtritt. Darum geht es im gegenwärtigen Krieg.

Der Krieg verändert den politischen und nationalen Charakter der jugoslawischen Bundesarmee. Als die zivilen stalinistischen Bürokratien letztes Jahr entlang nationaler Linien auseinanderbrachen, blieb die Armee als einzige panjugoslawische Einrichtung übrig, die noch irgendwelche Macht hat. Titoistische Stimmungen blieben im Offizierskorps stark verbreitet. Obwohl das Offizierskorps immer überwiegend serbisch war, waren traditionell alle jugoslawischen Nationalitäten in den höchsten Kommandopositionen vertreten. Jetzt aber werden nichtserbische Offiziere herausgesäubert. Der Chef der Luftwaffe wurde neulich zum Rücktritt gezwungen und durch einen Serben ersetzt. Nichtserbische Oberste und Majore sind als Kommandeure von wichtigen Bataillonen abgesetzt worden. Bosniens Präsident Alija Izetbegovic, ein slawischer Moslem, sagte vor kurzem: „Wir müssen herausfinden, ob die Armee jugoslawisch oder serbisch ist. Alle fünf Generäle, die Einheiten in Bosnien kommandieren, sind jetzt Serben.“

Als Reaktion auf die „Serbisierung“ der Armeeführung haben die Regierungen von Bosnien und Makedonien verlangt, daß die Wehrpflichtigen aus diesen Republiken nicht außerhalb von deren Grenzen stationiert werden. Die Makedonier haben auch alle Einberufungslisten für die Wehrpflichtigen des nächsten Jahres vernichtet. Slawisch-moslemische Reservisten in Bosnien haben sich geweigert, einem Mobilmachungsbefehl Folge zu leisten, der sie in die umkämpften Gebiete Kroatiens geschickt hätte. Zur gleichen Zeit rekrutieren serbische Nationalisten in Bosnien Freiwillige für die Armee. Offiziere und Soldaten, die für den Sozialismus sind, müssen dagegen kämpfen, daß aus der jugoslawischen Armee ein Instrument des großserbischen Nationalismus gemacht wird, was nur zu kommunalistischen Massakern und Gegenmassakern führen kann.

### Der westliche Imperialismus und der Zerfall Jugoslawiens

In den letzten paar Jahren waren Washington und die westeuropäischen Mächte nicht für den Zerfall Jugoslawiens, sondern vielmehr für die Umwandlung in eine kapitalistische Wirtschaft und eine lose Konföderation. Daher auch die massive Unterstützung der Imperialisten für den Bundesministerpräsidenten Markovic, der genau dieses Programm hat. Doch die Krise um die Abspaltung Sloweniens Ende Juni/Anfang Juli und der eskalierende kroatisch-serbische Grenzkrieg zeigten, daß Markovic' Programm nicht durchsetzbar ist. Mit Deutschland an der Spitze halten die Imperialisten jetzt die Abspaltung von Slowenien und Kroatien für eine Art zweitbeste Lösung. Aber die Entschlossenheit von Milosevic, große Gebiete von Kroatien einem Großserbien anzugliedern, stört Washingtons und besonders Berlins Pläne, ohne größeren Widerstand eine Intervention mit „Friedenstruppen“ durchzuführen.

Darüber hinaus könnte sich dieser Konflikt leicht zu einem allgemeinen Balkankrieg ausweiten, wenn die militärisch viel schwächeren Kroaten sich Verbündete gegen Serbien suchen. Solche Verbündete wären nicht schwer zu finden. Bulgarien und Griechenland erheben Anspruch auf Makedonien, Albanien auf Kosovo und Ungarn auf die Vojvodina. Es gibt bereits Schußwechsel an der Grenze

zwischen Albanien und Kosovo. Ungarns rechtsgerichteter nationalistischer Präsident Josef Antall redet davon, die 400 000 ethnischen Ungarn im nördlichen Jugoslawien zu verteidigen. Und 300 Jahre lang haben die Bulgaren auf Rußland gezählt als die wichtigste verbündete Großmacht bei Balkankonflikten. Das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens – wo römisch-katholische Kroaten gegen griechisch-orthodoxe Serben kämpfen, die gegen slawische und albanische Moslems kämpfen – könnte größere Auswirkungen haben von Rom über Ankara bis Moskau.

Genau darüber machen sich die westlichen Imperialisten Sorgen. Mit den Bodengewinnen der serbischen Kräfte ist die imperialistische Haltung gegenüber Belgrads starkem Mann feindseliger und bedrohlicher geworden. Seitdem hat es besonders von den Deutschen immer schärfere Forderungen nach einer europäischen „Friedens“truppe gegeben, d. h. einem imperialistischen Expeditionskorps zum Schutz von Kroatien. So gelang es Außenminister Genscher bei der KSZE-Außenministerkonferenz in Moskau, eine Passage im Schlußdokument durchzusetzen, wonach die Mitgliedsstaaten selbst ohne Einwilligung des betreffenden Landes in dessen innere Angelegenheiten intervenieren können.

Dies ist ein Freibrief für die westeuropäischen imperialistischen Mächte, allen voran Deutschland. Die Kohl-Regierung mußte bisher „aus verfassungsrechtlichen und historischen Gründen“ die Entsendung deutscher Truppen ausklammern – im Klartext wegen des Nazi-Völkermordes in Jugoslawien. Trotzdem macht das Vierte Reich mobil. Kriegsminister Stoltenberg kündigte eine umfassende „Strukturreform der Bundeswehr“ an, ohne Blauhelm-Verkleidung; Kernaufgabe sei künftig die Teilnahme an internationalen Einsätzen. Und wieder hat sich die SPD an die Spitze des Drangs nach Osten gesetzt. In einem Interview in der *Süddeutschen Zeitung* (28./29. September) hat der SPD-Vorsitzende Engholm gefordert, sowohl die Verfassung als auch die Geschichte umzuschreiben, um deutsche Truppen nach Jugoslawien zu schicken, natürlich bei „ausschließlich humanitären Missionen“.

Vor dem Ersten Weltkrieg gehörten Kroatien und Slowenien zur deutsch-österreichischen Einflußsphäre auf dem Balkan. Nachdem Deutschland den Krieg verloren hatte, wurde durch den Versailler Vertrag ein neuer jugoslawischer Staat – unter Serbiens König Alexander – geschaffen, der in der Zwischenkriegszeit ein britischer Satellit war. Die britischen Einwände gegen eine Militärintervention gegen Serbien könnten durchaus dazu bestimmt sein, die deutschen Bestrebungen nach der Rückeroberung ihrer Einflußsphäre auf dem Balkan zu vereiteln.

Nachdem dem Vierten Reich auf europäischer Ebene ein Strich durch die Rechnung gemacht worden ist, drängt es jetzt darauf, daß die UNO sich für die kroatische Sache einsetzt. Dies bedeutet, den amerikanischen Imperialismus für einen Krieg gegen Serbien anzuheuern. Falls es zu solch einer direkten imperialistischen Militärintervention kommt, ob unter dem Banner der EG, der UNO oder einem anderen Feigenblatt, würden Revolutionäre die serbischen Kräfte und diejenigen Einheiten der jugoslawischen Armee verteidigen, die auf ihrer Seite kämpfen. Das Ziel einer westlichen Militärintervention wäre es, alle Regionen Jugoslawiens in Neokolonien zu verwandeln, die von Kohls bzw. Bushs Marionetten regiert werden.

Wirkliche Kommunisten – Trotzkiten – müssen die Arbeiterklasse und sozialistisch gesinnte Offiziere und Soldaten in der Armee mobilisieren, um die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus zu bekämpfen, die direkt oder indirekt dem westlichen Imperialismus dienen, der die Völker Jugoslawiens ausbluten will.

*Nach Workers Vanguard Nr. 535, 27. September*

# SPARTAKIST

## Viertes Reich macht zum Balkan mobil Nationalistischer Krieg zerreißt Jugoslawien



Greg English/AP



Futy/SIPA-Press

Mitglieder der faschistischen kroatischen „Zebras“ – Serbischer Söldnerführer „Kapitän“ Dragan

„Vielleicht werden wir uns bald nach dem Kommunismus sehnen“

– ein Kellner in einem Dorf an der serbisch-kroatischen Grenze

Auf dem Balkan tobt der erste Krieg in Europa, seit die sowjetische Rote Armee die deutsche Nazi-Wehrmacht zerschlagen hat. Hunderte wurden schon getötet, beinahe 150 000 Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben, und ganze Regionen sind im Krieg zwischen Kroatien und Serbien verwüstet worden, in einem Krieg, der das blutige Ende der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bedeuten könnte. Im September hat die jugoslawische Bundesarmee mit der Unterstützung von zigtausend serbischen Reservisten und Freiwilligen eine Grooffensive gegen das ultrarechte kroatische nationalistische Regime von Franjo Tudjman begonnen. Jetzt wurde ein weiterer Waffenstillstand verkündet, dem wahrscheinlich bald das gleiche Schicksal blht wie all den anderen früheren kurzlebigen „Waffenruhen“.

Seit dem Ausbruch der Kämpfe im letzten Frühjahr haben die kroatischen Nationalisten – militärisch hoffnungslos unterlegen – an die westlichen Imperialisten appelliert und versucht, sie dazu zu provozieren, auf ihrer Seite militärisch zu intervenieren. In einem letzten verzweifelten Aufbäumen hat das Tudjman-Regime Mitte September die Kasernen der Bundesarmee, die bisher noch nicht in die Kämpfe einbezogen waren, von Lebensmitteln, Wasser und Strom abgeschnitten. Die Antwort der Armee waren Vergeltungsangriffe in ganz Kroatien. Kampfflugzeuge bombardierten und beschossen die Hauptstadt Zagreb und andere Städte. Kriegsschiffe der Marine bombardierten und blockierten die Seehäfen Split und

Sibenik an der Adria. Die dalmatinische Küste wurde vom übrigen Kroatien abgeschnitten. Eine Panzerkolonne der Bundesarmee, unterstützt von serbischen Milizen, hat sich Zagreb bis auf 50 Kilometer genähert.

Es wäre eine großangelegte imperialistische Militärintervention notwendig, um die Verhältnisse wiederherzustellen, die vor einigen Wochen herrschten. Vom Beginn der jugoslawischen Krise an hat sich Deutschland als Schutzgromacht angeboten für das traditionell katholische Kroatien und für Slowenien, die vor dem Ersten Weltkrieg Provinzen des österreichisch-ungarischen Reiches waren. Die Kohl-Regierung hat die Europäische Gemeinschaft unter Druck gesetzt, die Unabhängigkeit der rechtsgerichteten nationalistischen Regime in Zagreb und Ljubljana anzuerkennen, und damit gedroht, dies selbst zu tun. In den letzten Wochen hat Bonn, unterstützt von Paris, darauf gedrängt, eine europäische „Friedens“truppe – schätzungsweise 20 000 bis 50 000 Mann (ohne die Deutschen) – nach Jugoslawien zu schicken. Vorläufig wird eine solche Initiative durch britischen Widerstand abgeblockt, aber eine imperialistische Militärintervention kann nicht ausgeschlossen werden.

Der schnell eskalierende jugoslawische Bürgerkrieg droht auf Bosnien berzuspringen, die am stärksten ethnisch gemischte Republik Jugoslawiens. Die größte ethnische Gruppe sind slawische Moslems, die sich weder als serbisch noch als kroatisch fühlen und die von Tito als eine eigene Nationalität anerkannt wurden. In den letzten Tagen haben kroatische und moslemische Milizen die Einheiten der Bundesarmee, überwiegend Serben, daran gehindert, nach Kroatien vorzurücken. Die Ausweitung

*Fortgesetzt auf Seite 21*